

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 2707

7 novembre 2012

SOMMAIRE

3A Invest S.A.	129926	Govebe International S.A.	129922
Alpha-Lux Investments S.à r.l.	129922	Hacienda S.à r.l.	129922
Alpharma International (Luxembourg) S.à r.l.	129922	JSH S.A.	129906
Auto Logistic Transport	129927	Kitry Group S.A.	129923
Barclays Integrated Infrastructure Projects S.à r.l.	129936	La Villette Sàrl	129923
Beweco EMB Invest SA	129928	MATHIS PROST, société anonyme	129923
BOLD Holdings S.à r.l.	129928	Media & Advertising S.à r.l.	129923
CCI Participations SA	129926	Morave Holding S.A.	129926
CCI Participations SA	129928	Numerica Pro AG	129932
CCI Participations SA	129928	Octinvest S.A.	129923
Chef S.A.	129929	Opalon S.A.	129935
Co-Legend S.A.	129929	Parthenon International S.A.	129929
Compagnie Internationale de Rentes S.A.	129930	Pembroke Altstadt Palais S.à r.l.	129924
Core Holding S.A.	129930	Pfizer Continental Holdings Sàrl	129924
Corporate IV	129905	Pfizer Holdings North America Sàrl	129925
Dimension Data Luxembourg	129931	Pfizer Luxco Holdings Sàrl	129925
Electrique-Electronique Concept	129931	Pfizer Warner Lambert Luxembourg S.à r.l.	129924
Electrique-Electronique Concept	129932	PF Prism S.à r.l.	129924
Erar S.à r.l.	129934	Picolit S.A.	129925
Financière JDL	129932	Soni S.A.	129927
Finasa Société Financière	129934	Swiss-German High Yield Bond Fund ...	129890
Fivre S.à r.l.	129934	Tassili Ventures	129925
Geria S.A.	129930	Transass S.A.	129931
Geria S.A.	129935	Winward International Spf S.A.	129926
		Wyeth Ayerst Sàrl	129925

Swiss-German High Yield Bond Fund, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-1445 Luxembourg, 4, rue Thomas Edison.
R.C.S. Luxembourg B 172.248.

STATUTEN

Im Jahre zweitausendundzwoölf, am dreiundzwanzigsten Oktober.

Vor dem unterzeichneten Notar Henri HELLINCKX, mit dem Amtssitz in Luxemburg.

Ist erschienen:

Haron Holding AG, mit Sitz in Alpenstrasse 11, CH-6300 ZUG (Schweiz),

hier vertreten durch Frau Vera Augsdörfer, Bankangestellte, beruflich wohnhaft in Luxembourg-Strassen, aufgrund einer Vollmacht, welche gegenwärtiger Urkunde als Anlage beigelegt bleibt.

Die Erschienene hat den Notar gebeten die Satzung einer Aktiengesellschaft als „société d'investissement à capital variable“, welche hiermit gegründet wird, wie folgt zu beurkunden:

I. Name, Sitz und Zweck der Investmentgesellschaft

Art. 1. Name. Zwischen den erschienen Parteien und allen, die Eigentümer von später ausgegebenen Aktien werden, wird eine Investmentgesellschaft in Form einer Aktiengesellschaft als „Société d'investissement à capital variable“, unter dem Namen Swiss-German High Yield Bond Fund („Investmentgesellschaft“ oder „Fonds“) gegründet.

Art. 2. Sitz. Gesellschaftssitz ist Luxemburg-Strassen, Großherzogtum Luxemburg.

Durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft („Verwaltungsrat“) kann der Gesellschaftssitz an einen anderen Ort innerhalb der Gemeinde Strassen verlegt werden und können Niederlassungen und Repräsentanzen an einem anderen Ort innerhalb des Großherzogtums Luxemburg sowie im Ausland gegründet oder eröffnet werden.

Aufgrund eines bestehenden oder unmittelbar drohenden politischen, militärischen oder anderen Notfalls von höherer Gewalt außerhalb der Kontrolle, Verantwortlichkeit und Einflussmöglichkeit der Investmentgesellschaft, der die normale Geschäftsabwicklung am Gesellschaftssitz oder den reibungslosen Verkehr zwischen dem Gesellschaftssitz und dem Ausland beeinträchtigt, kann der Verwaltungsrat durch einen einfachen Beschluss den Gesellschaftssitz vorübergehend bis zur Wiederherstellung von normalen Verhältnissen ins Ausland verlegen. In diesem Falle wird die Investmentgesellschaft die Luxemburger Staatszugehörigkeit jedoch beibehalten.

Art. 3. Zweck.

1. Ausschließlicher Zweck der Investmentgesellschaft ist die Anlage in zulässigen Vermögenswerten nach dem Grundsatz der Risikostreuung gemäß Teil II des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen („Gesetz vom 17. Dezember 2010“) mit dem Ziel eine angemessene Wertentwicklung zugunsten der Aktionäre durch Festlegung einer bestimmten Anlagepolitik zu erwirtschaften.

2. Die Investmentgesellschaft kann unter Berücksichtigung der im Gesetz vom 17. Dezember 2010 und im Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften (einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen) („Gesetz vom 10. August 1915“) festgelegten Bestimmungen, alle Maßnahmen treffen, die ihrem Zweck dienen oder nützlich sind.

Art. 4. Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen. Ziel der Anlagepolitik Fonds ist das Erreichen einer angemessenen Wertentwicklung.

Für den Fonds dürfen nur solche Vermögenswerte erworben und verkauft werden, deren Preis den Bewertungskriterien von Artikel 12 dieser Satzung entspricht.

Zum Erreichen des Hauptzieles der Anlagepolitik wird das Netto-Fondsvermögen zu mehr als 90% des Netto-Fondsvermögens in die im Folgenden aufgezählten Vermögensgegenstände investiert: notierte und nicht notierte Wertpapiere, Derivate, Bankguthaben, Unternehmensbeteiligungen und Investmentvermögen (Zielfonds).

Es dürfen für den Fonds Anteile an Investmentvermögen nach § 2 Abs. 4 Nr. 7 InvG sowie Anteile an entsprechenden ausländischen Investmentvermögen nach § 2 Abs. 9 InvG erworben werden.

Der Begriff der Wertpapiere umfasst unter anderem Aktien, Renten, Geldmarktinstrumente, Zertifikate und andere strukturierte Produkte (z.B. Aktienanleihen, Optionsanleihen, Wandelanleihen).

Der Einsatz abgeleiteter Finanzinstrumente („Derivate“) ist zur Erreichung der vorgenannten Anlageziele sowohl zu Anlage- als auch Absicherungszwecken vorgesehen. Er umfasst neben den Optionsrechten u.a. Swaps und Terminkontrakte auf Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Finanzindizes im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 der Richtlinie 2007/16/EG, Zinssätze, Wechselkurse, Währungen und Investmentfonds gemäß § 50 deutschen Investmentgesetz („InvG“) sowie auf andere Underlyings.

Der Einsatz anderer Derivate, welche nicht § 51 Absatz 1 des deutschen Investmentgesetzes entsprechen, darf 30% des Fondsvermögens nicht übersteigen.

Unternehmensbeteiligungen können bis zu einer Grenze von 20% des Netto-Fondsvermögens erworben werden.

Investitionen können in andere als die oben aufgeführten Vermögensgegenstände angelegt werden, wenn sie sich auf eine Höhe von unter 10% des Netto-Fondsvermögens beschränken. Davon erfasst wird unter anderem der Erwerb von:

- a) Private Equity Fonds und Venture Capital Fonds;
- b) nicht richtlinienkonforme, regulierte Rohstofffonds;
- c) Dach-Hedgefonds.

Der Fonds darf jeweils nicht mehr als 20% des Wertes des Netto-Fondsvermögens in flüssige Mittel, Sichteinlagen und kündbare Einlagen bei einer Einrichtung anlegen. Die Bankguthaben sind nicht durch eine Einrichtung zur Sicherung der Einlagen geschützt.

Die folgenden allgemeinen Anlagegrundsätze und -beschränkungen gelten für den Fonds, sofern keine Abweichungen oder Ergänzungen im Anhang zum Verkaufsprospekt enthalten sind.

Das Fondsvermögen wird unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung und nach den in diesem Artikel nachfolgend beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen angelegt.

1. Anlagebeschränkungen

1.1 Wertpapierleerverkäufe sind nicht zulässig.

1.2 Der Fonds kann grundsätzlich nicht:

- a) mehr als 20% seiner Netto-Aktiva in Wertpapiere anlegen, die nicht zum Handel an einer Wertpapierbörse zugelassen sind oder auf einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist,
- b) mehr als 20% seiner Netto-Aktiva in verbriefte Rechte ein und desselben Emittenten anlegen.
- c) Darüber hinaus darf durch das Kontrahentenrisiko des Fonds, welches sich aus derivativen Geschäften ergibt, zu keinem Zeitpunkt in Bezug auf eine einzelne Gegenpartei 20% des Netto-Fondsvermögens überschritten werden wenn es sich bei der Gegenpartei um eines der in Artikel 41 Absatz (1) Buchstabe f) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 genannten Finanzinstitute handelt. In allen anderen Fällen liegt die Grenze bei 10% seines Vermögens.

Die in den vorstehenden Punkten a) und b) aufgeführten Beschränkungen sind nicht anwendbar auf Anlagen in Titeln, die von einem Mitgliedstaat der OECD oder seinen öffentlichen Gebietskörperschaften oder supranationalen Institutionen und Organisationen mit gemeinschaftlichem, regionalem oder weltweitem Charakter ausgegeben oder besichert werden.

Die in den vorstehenden Punkten a) und b) aufgeführten Beschränkungen sind nicht auf verbriefte Rechte anwendbar, welche von Zielfonds begeben werden (Investmentfondsanteile der Zielfonds), wenn diese Zielfonds Risikostreuungsregeln unterworfen sind, welche denen nach Teil II des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 vergleichbar sind und wenn diese Zielfonds in ihrem Ursprungsland einer ständigen Aufsicht unterliegen, die durch eine Aufsichtsbehörde ausgeübt wird und die durch ein den Anlegerschutz bezweckendes Gesetz vorgesehen ist, d.h. Zielfonds mit Sitz in einem OECD Mitgliedstaat, Guernsey, Jersey, Liechtenstein, Singapur, Hong Kong.

Der Fonds kann bis zu 100% der verbrieften Rechte derselben Art ein und desselben Emittenten erwerben.

Jeder Teilfonds eines Zielfonds mit mehreren Teilfonds ist als eigenständiger Zielfonds anzusehen, unter der Bedingung, dass diese Teilfonds Dritten gegenüber nicht gesamtschuldnerisch für Verpflichtungen der verschiedenen Teilfonds haften.

Generell kann es bei dem Erwerb von Anteilen an Zielfonds zur Erhebung einer Verwaltungsvergütung auf Ebene des Zielfonds kommen. Der Fonds wird daher nicht in Zielfonds anlegen, die einer Verwaltungsvergütung von mehr als 3% unterliegen. Der Jahresbericht des Fonds wird Informationen enthalten, wie hoch der Anteil der Verwaltungsvergütung maximal ist, welche der Fonds sowie die Zielfonds zu tragen haben.

2. Derivative Finanzinstrumente und sonstige Techniken.

Der Fonds kann die nachfolgend beschriebenen derivativen Finanzinstrumente sowie Techniken nutzen:

Die derivativen Finanzinstrumente können insbesondere Optionen, Terminkontrakte auf Finanzinstrumente sowie Optionen auf solche Verträge und OTC-Swap-Verträge auf alle Arten von Finanzinstrumenten umfassen. Darüber hinaus kann der Fonds Techniken in Form von Wertpapierleihgeschäften, Geschäften unter Rückkaufvorbehalt sowie Pensionsgeschäften einsetzen. Die derivativen Finanzinstrumente müssen auf einem geregelten Markt gehandelt werden oder auf OTC-Basis mit Kreditinstituten erster Ordnung eingegangen werden, die auf diese Art von Geschäft spezialisiert sind.

a) Der Fonds darf im Rahmen der Bedingungen und Einschränkungen, wie sie von der Luxemburger Aufsichtsbehörde vorgegeben werden, Techniken und Instrumente, die Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und sonstige Basiswerte zum Gegenstand haben, verwenden, sofern diese Verwendung im Hinblick auf eine effiziente Verwaltung des Fondsvermögens erfolgt. Beziehen sich diese Transaktionen auf die Verwendung von Derivaten, so müssen die Bedingungen und Grenzen mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 übereinstimmen.

Darüber hinaus ist es dem Fonds nicht gestattet, bei der Verwendung von Techniken und Instrumenten von den im Verkaufsprospekt (nebst Anhang) und der Satzung der Investmentgesellschaft festgelegten Anlagezielen abzuweichen.

b) Die Investmentgesellschaft hat sicherzustellen, dass das mit Derivaten verbundene Gesamtrisiko den Gesamtnettowert ihrer Portfolios nicht überschreitet.

Das Gesamtrisiko des Fonds kann sich folglich durch Inanspruchnahme derivativer Finanzinstrumente maximal verdoppeln und ist somit auf 200% des Netto-Fondsvermögens begrenzt. Die Verwaltungsgesellschaft verwendet ein Risikomanagement-Verfahren, welches den aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Luxemburg Rechnung trägt und es ihr

erlaubt, das mit den Anlagepositionen verbundene Risiko sowie ihren jeweiligen Anteil am Gesamtrisikoportfolio jederzeit zu überwachen und zu messen. Der Fonds darf als Teil seiner Anlagepolitik und im Rahmen der Grenzen dieses Absatzes Anlagen in Derivate tätigen, sofern das Gesamtrisiko der Basiswerte die Anlagegrenzen von Artikel 4 Punkt 1.2 Buchstabe c) der Satzung nicht überschreitet. Investiert der Fonds in indexbasierte Derivate, so werden diese Anlagen bei den Anlagegrenzen von Artikel 4 Punkt 1.2 Buchstabe c) der Satzung nicht berücksichtigt. Wenn ein Derivat in ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument eingebettet ist, muss es hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften dieses Absatzes mitberücksichtigt werden.

3. Geschäfte in Bezug auf Wertpapierleihe.

Im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems oder eines Standardrahmenvertrages können Wertpapiere im Wert von bis zu 50% des Wertes des jeweiligen Wertpapierbestandes auf höchstens 30 Tage verliehen werden. Voraussetzung ist, dass dieses Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch ein erstklassiges auf solche Geschäfte spezialisiertes Finanzinstitut organisiert ist. Die Wertpapierleihe kann mehr als 50% des Wertes des Wertpapierbestandes in einem Fondsvermögen erfassen und 30 Tage überschreiten, sofern dem jeweiligen Fonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen.

Im Rahmen der Wertpapierleihe muss der Fonds grundsätzlich eine Garantie erhalten, deren Gegenwert während der gesamten Laufzeit mindestens 90% des gesamten Marktwertes (einschließlich Zinsen, Dividenden und sonstiger etwaiger Ansprüche) der verliehenen Titel entspricht und täglich neu bewertet wird. Sollte der aktuelle Gegenwert der Garantie während der Dauer der Leihe unter 90% des gesamten Marktwertes der verliehenen Wertpapiere fallen, werden die entsprechenden Sicherheiten bestellt und sind vom Kontrahenten nachzuliefern. Die Garantie kann bestehen in flüssigen Mitteln, in Aktien von erstklassigen Emittenten, die an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum amtlichen Handel zugelassen sind oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder Organismen gemeinschaftsrechtlichen, regionalen oder weltweiten Charakters begeben oder garantiert und zugunsten des jeweiligen Teilfonds während der Laufzeit des Wertpapierleihvertrages gesperrt werden. Der Teilfonds darf die ihm als Sicherheit zur Verfügung gestellten Wertpapiere nicht verwenden.

Das Kontrahentenrisiko, das ein Teilfonds eingeht, wenn er mit ein und derselben Gegenpartei Wertpapierleihgeschäfte tätigt, darf 20% seines Vermögens nicht überschreiten, wenn es sich bei der Gegenpartei um eines der in Artikel 41 Absatz (1) Buchstabe f) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 genannten Finanzinstitute handelt. In allen anderen Fällen liegt die Grenze bei 10% seines Vermögens.

Wertpapiere, die vom Wertpapierleihnehmer selbst oder von einem Unternehmen, das zu der gleichen Unternehmensgruppe gehört, ausgestellt sind, sind als Sicherheit unzulässig.

Einer Garantie bedarf es nicht, sofern die Wertpapierleihe im Rahmen von Clearstream Banking S.A., der Clearstream Banking Aktiengesellschaft, EUROCLEAR oder einem sonstigen anerkannten Abrechnungsorganismus stattfindet, der selbst zu Gunsten des Verleihers der verliehenen Wertpapiere mittels einer Garantie oder auf andere Weise Sicherheit leistet. Die Erträge aus Wertpapierleihgeschäften werden nach Abzug der damit verbundenen Kosten zum überwiegenden Teil dem Fondsvermögen gutgeschrieben.

4. Pensionsgeschäfte.

Die Investmentgesellschaft kann sich an Pensionsgeschäften beteiligen, die in Käufen und Verkäufen von Wertpapieren bestehen, bei denen die Vereinbarungen dem Käufer das Recht oder die Pflicht einräumen, die verkauften Wertpapiere vom Erwerber zu einem Preis und innerhalb einer Frist zurückzukaufen, die zwischen den beiden Parteien bei Vertragsabschluss vereinbart wurde.

Die Investmentgesellschaft kann bei Pensionsgeschäften entweder als Käufer oder als Verkäufer auftreten. Eine Beteiligung an solchen Geschäften unterliegt jedoch folgenden Richtlinien:

a) Wertpapiere über ein Pensionsgeschäft dürfen nur gekauft oder verkauft werden, wenn es sich bei der Gegenpartei um ein Finanzinstitut erster Ordnung handelt, das sich auf diese Art von Geschäften spezialisiert hat.

b) Während der Laufzeit eines Pensionsgeschäfts dürfen die vertragsgegenständlichen Wertpapiere vor Ausübung des Rechts auf den Rückkauf dieser Wertpapiere oder vor Ablauf der Rückkauffrist nicht veräußert werden.

Es muss zusätzlich sichergestellt werden, dass der Umfang der Verpflichtungen bei Pensionsgeschäften so gestaltet ist, dass die Investmentgesellschaft ihren Verpflichtungen zur Rücknahme von Aktien jederzeit nachkommen kann.

Die Investmentgesellschaft kann geeignete Dispositionen treffen und mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen aufnehmen, die erforderlich sind, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, in denen Aktien vertrieben werden sollen.

5. Kredite- und Belastungsverbote.

Der Fonds kann für Anlagezwecke fortlaufend bei Kreditinstituten erster Ordnung, die auf diese Art Geschäft spezialisiert sind, Kredite aufnehmen.

a) Die zum Fondsvermögen gehörenden Vermögensgegenstände dürfen nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen im Sinne

des nachstehenden Lit. b) oder um Sicherheitsleistungen zur Erfüllung von Einschuss- oder Nachschussverpflichtungen im Rahmen der Abwicklung von Geschäften mit Finanzinstrumenten.

b) Kredite zu Lasten des Fondsvermögens dürfen bis zu einer Höhe von 25% des Fondsvermögens und wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind aufgenommen werden. Die Kreditaufnahme bedarf der Zustimmung der Depotbank zu den Darlehensbedingungen.

c) Zu Lasten des Fondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden.

6. Flüssige Mittel.

Der Fonds kann grundsätzlich daneben flüssige Mittel, z.B. in Form von Anlagekonten, Kontokorrentkonten und Tagesgeld halten. Je nach Einschätzung der Marktlage, kann von der im fondsspezifischen Anhang genannten Anlagegrenze innerhalb der gesetzlichen zulässigen Grenzen kurzfristig abgewichen werden.

7. Überschreiten der Anlagegrenzen auf andere Weise als durch Anlageentscheidungen.

Wenn die in diesem Artikel 4 genannten prozentualen Beschränkungen aus anderen Gründen als aus Anlageentscheidungen (Marktbewegungen, Rückkäufe) überschritten werden, muss es vornehmliches Ziel des Fonds sein, diese Situation unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre zu beseitigen.

II. Dauer, Verschmelzung und Liquidation der Investmentgesellschaft

Art. 5. Dauer der Investmentgesellschaft. Die Investmentgesellschaft ist für eine unbestimmte Dauer gegründet.

Art. 6. Die Verschmelzung der Investmentgesellschaft mit einem anderen Organismus für gemeinsame Anlagen („OGA“). Die Investmentgesellschaft kann durch Beschluss der Generalversammlung mit einem anderen OGA verschmolzen werden. Der Beschluss bedarf des Anwesenheitsquorums und der Mehrheit, wie sie im Gesetz vom 10. August 1915 für Satzungsänderungen vorgesehen sind. Der Beschluss der Generalversammlung zur Verschmelzung der Investmentgesellschaft wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen veröffentlicht.

Die Aktionäre der einzubringenden Investmentgesellschaft haben während eines Monats das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Aktien zum einschlägigen Nettoinventarwert pro Aktie zu verlangen. Die Aktien der Aktionäre, welche die Rücknahme ihrer Aktien nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage des Nettoinventarwerts pro Aktie an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Aktien des aufnehmenden OGA ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Aktionäre einen Spitzenausgleich.

Art. 7. Die Liquidation der Investmentgesellschaft.

1. Die Investmentgesellschaft kann durch Beschluss der Generalversammlung liquidiert werden. Dieser Beschluss ist unter Einhaltung der für Satzungsänderungen vorgeschriebenen Bestimmungen zu fassen.

Sinkt das Vermögen der Investmentgesellschaft unter zwei Drittel des Mindestkapitals, ist der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft verpflichtet, eine Generalversammlung einzuberufen und dieser die Frage nach der Liquidation der Investmentgesellschaft zu unterbreiten. Die Liquidation wird mit einer einfachen Mehrheit der anwesenden bzw. vertretenden Aktien beschlossen.

Sinkt das Vermögen der Investmentgesellschaft unter ein Viertel des Mindestkapitals, muss der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft ebenfalls eine Generalversammlung einberufen und dieser die Frage nach der Liquidation der Investmentgesellschaft unterbreiten. Die Liquidation wird in einem solchen Fall mit einer Mehrheit von 25% der in der Generalversammlung anwesenden bzw. vertretenden Aktien beschlossen.

Die Einberufungen zu den vorgenannten Generalversammlungen erfolgen jeweils innerhalb von 40 Tagen nach Feststellung des Umstandes, dass das Vermögen der Investmentgesellschaft unter zwei Drittel bzw. unter ein Viertel des Mindestkapitals gesunken ist.

Der Beschluss der Generalversammlung zur Liquidation der Investmentgesellschaft wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen veröffentlicht.

2. Vorbehaltlich eines gegenteiligen Beschlusses des Verwaltungsrates wird die Investmentgesellschaft mit dem Datum der Beschlussfassung über die Liquidation bis zur Durchführung des Liquidationsbeschlusses keine Aktien der Investmentgesellschaft mehr ausgeben, zurücknehmen oder umtauschen.

3. Nettoliquidationserlöse, deren Auszahlung nicht bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Aktionären geltend gemacht wurden, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Aktionäre bei der Caisse des Consignations im Großherzogtum Luxemburg hinterlegt, bei der diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist geltend gemacht werden.

III. Verschmelzung und Liquidation von Aktienklassen

Art. 8. Die Verschmelzung einer oder mehrerer Aktienklassen.

1. Verschmelzung einer Aktienklasse der Investmentgesellschaft durch Einbringung in eine andere Aktienklasse der Investmentgesellschaft oder in einen anderen Luxemburger OGA bzw. einen Teilfonds oder eine Aktienklasse eines anderen Luxemburger OGA.

Eine Aktienklasse der Investmentgesellschaft kann durch Beschluss des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft durch Einbringung in eine andere Aktienklasse der Investmentgesellschaft oder einen anderen Luxemburger OGA bzw. einen Teilfonds eines anderen Luxemburger OGA, der nach Teil II des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 aufgelegt wurde, verschmolzen werden.

Der Beschluss des Verwaltungsrates zur Verschmelzung wird jeweils in einer vom Verwaltungsrat bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Aktien der einzubringenden Aktienklasse vertrieben werden, veröffentlicht.

Unbeschadet des vorhergehenden Absatzes sind die von der Verschmelzung betroffenen Aktionäre, die mit der Verschmelzung nicht einverstanden sind, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung der Mitteilung an die Aktionäre über die Verschmelzung, berechtigt, ihre Aktien kostenfrei zurückzugeben. Aktionäre, die von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht haben, sind an den vom Verwaltungsrat gefassten Beschluss über die Verschmelzung gebunden.

Darüber hinaus gilt in den Fällen, in denen eine Aktienklasse mit einem Teilfonds oder einer Anteilklasse eines fonds commun de placement verschmolzen wird, dass dieser Beschluss nur die Aktionäre verpflichten darf, die sich zugunsten der Einbringung ausgesprochen haben.

2. Verschmelzung einer Aktienklasse der Investmentgesellschaft durch Einbringung in einen anderen ausländischen OGA bzw. einen Teilfonds eines anderen ausländischen OGA.

Die Einbringung einer Aktienklasse der Investmentgesellschaft in einen ausländischen OGA bzw. einen Teilfonds oder eine Aktienklasse eines anderen ausländischen OGA ist nur mit der einstimmigen Billigung aller Aktionäre der betroffenen Aktienklasse möglich, es sei denn, es werden nur die Aktionäre, die sich für die Einbringung ausgesprochen haben, übertragen.

Verschmelzungsbeschlüsse bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Luxemburger Aufsichtsbehörde für den Finanzsektor.

Art. 9. Die Liquidation einer oder mehrerer Aktienklassen.

1. Eine Aktienklasse der Investmentgesellschaft kann durch Beschluss des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft liquidiert werden:

Der Liquidationsbeschluss des Verwaltungsrates ist im Einklang mit den Bestimmungen für die Veröffentlichung der Mitteilungen an die Aktionäre und in Form einer solchen zu veröffentlichen. Der Liquidationsbeschluss bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Luxemburger Aufsichtsbehörde.

Vorbehaltlich eines gegenteiligen Beschlusses des Verwaltungsrates wird die Investmentgesellschaft mit dem Datum der Beschlussfassung über die Liquidation bis zur Durchführung des Liquidationsbeschlusses keine Aktien in Bezug auf die zu liquidierende Aktienklasse mehr ausgeben, zurücknehmen oder umtauschen.

2. Nettoliquidationserlöse, die nicht bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Aktionären geltend gemacht wurden, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Aktionäre bei der Caisse des Consignations im Großherzogtum Luxemburg hinterlegt, bei der diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist geltend gemacht werden.

III. Gesellschaftskapital und Aktien

Art. 10. Gesellschaftskapital. Das Gesellschaftskapital der Investmentgesellschaft entspricht zu jedem Zeitpunkt der Summe der Netto-Fondsvermögen („Netto-Gesellschaftsvermögen“) gemäß Artikel 12 Nr. 4 dieser Satzung und wird durch voll einbezahlte Aktien ohne Nennwert repräsentiert.

Das Anfangskapital der Investmentgesellschaft beträgt bei Gründung 31.000,- Euro, eingeteilt in 310 Aktien ohne Nennwert (Erstausgabepreis EUR 100,- je Aktie).

Das Mindestkapital der Investmentgesellschaft entspricht gemäß Luxemburger Gesetz dem Gegenwert von 1.250.000 Euro und muss innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten nach Zulassung der Investmentgesellschaft durch die Luxemburger Aufsichtsbehörde erreicht werden. Hierfür ist auf das Netto-Gesellschaftsvermögen abzustellen.

Art. 11. Aktien.

1. Aktien sind Aktien an dem Fonds. Sie werden durch Aktienzertifikate verbrieft. Die Aktienzertifikate werden in der durch die Investmentgesellschaft bestimmten Stückelung ausgegeben. Die Aktien am Fonds werden in der im Anhang genannten Art der Verbriefung und Stückelung ausgegeben. Namensaktien werden von der Register- und Transferstelle in das für die Investmentgesellschaft geführte Aktienregister eingetragen. In diesem Zusammenhang werden den Aktionären Bestätigungen betreffend die Eintragung in das Aktienregister an die im Aktienregister angegebene Adresse zugesandt. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht weder bei der Ausgabe von Inhaberaktien noch bei der Ausgabe von Namensaktien. Die Arten der Aktien werden für den Fonds im Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben.

2. Zum Zwecke der problemlosen Übertragbarkeit wird die Girosammelverwahrbarkeit der Aktien beantragt.

3. Sämtliche Mitteilungen und Ankündigungen der Investmentgesellschaft an die Aktionäre können an die Anschrift gesandt werden, die in das Aktienregister eingetragen wurde. Falls ein Aktionär eine solche Anschrift nicht mitteilt, kann der Verwaltungsrat beschließen, dass eine entsprechende Notiz in das Aktienregister eingetragen wird. In diesem Falle wird der Aktionär solange behandelt als befände sich seine Anschrift am Sitz der Investmentgesellschaft bis der Aktionär der Investmentgesellschaft eine andere Anschrift mitteilt. Der Aktionär kann zu jeder Zeit seine in dem Aktienregister

eingetragene Anschrift, durch schriftliche Mitteilung an die Register- und Transferstelle an deren Gesellschaftssitz oder an eine vom Verwaltungsrat bestimmte Anschrift korrigieren.

4. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, jederzeit eine unbegrenzte Anzahl voll einbezahlter Aktien auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären ein Vorrecht zur Zeichnung neu auszugebender Aktien einzuräumen.

5. Aktienzertifikate werden von zwei Verwaltungsratsmitgliedern oder einem Verwaltungsratsmitglied und einem rechtmäßig vom Verwaltungsrat dazu ermächtigten Bevollmächtigten unterzeichnet.

Unterschriften des Verwaltungsrates können entweder von Hand, in gedruckter Form oder mittels eines Namensstempels geleistet werden. Die Unterschrift eines Bevollmächtigten ist handschriftlich zu leisten.

6. Alle Aktien am Fonds haben grundsätzlich die gleichen Rechte, es sei denn der Verwaltungsrat beschließt, gemäß der nachfolgenden Ziffer dieses Artikels, innerhalb des Fonds verschiedene Aktienklassen auszugeben.

7. Der Verwaltungsrat kann beschließen, innerhalb des Fonds von Zeit zu Zeit zwei oder mehrere Aktienklassen vorzusehen. Die Aktienklassen können sich in ihren Merkmalen und Rechten nach der Art der Verwendung ihrer Erträge, nach der Gebührenstruktur oder anderen spezifischen Merkmalen und Rechten unterscheiden. Alle Aktien sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Aktienklasse beteiligt. Sofern für den Fonds Aktienklassen gebildet werden, findet dies unter Angabe der spezifischen Merkmale oder Rechte im Anhang zum Verkaufsprospekt Erwähnung.

Art. 12. Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie.

1. Das Netto-Gesellschaftsvermögen der Investmentgesellschaft lautet auf Euro (EUR) („Referenzwährung“).

2. Der Wert einer Aktie („Nettoinventarwert pro Aktie“) lautet auf die im Anhang zum Verkaufsprospekt angegebene Währung („Fondswährung“).

3. Der Nettoinventarwert pro Aktie wird von der Investmentgesellschaft oder einem von ihr Beauftragten unter Aufsicht der Depotbank an jedem Bewertungstag berechnet. Der Verwaltungsrat kann für den Fonds eine abweichende Regelung treffen, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Nettoinventarwert pro Aktie mindestens einmal im Monat zu berechnen ist.

4. Zur Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie wird der Wert der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des Fonds („Netto-Fondsvermögen“) an jedem im Anhang angegebenen Tag („Bewertungstag“) ermittelt und durch die Anzahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Aktien des Fonds geteilt. Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch beschließen, den Nettoinventarwert je Aktie am 24. und 31. Dezember eines Jahres zu ermitteln, ohne dass es sich bei diesen Wertermittlungen um Berechnungen des Nettoinventarwertes je Aktie an einem Bewertungstag im Sinne des vorstehenden Satz 1 dieser Ziffer 4 handelt. Folglich können die Aktionäre keine Ausgabe, Rücknahme und/oder Umtausch von Aktien auf Grundlage eines am 24. Dezember und/oder 31. Dezember eines Jahres ermittelten Nettoinventarwertes pro Aktie verlangen.

5. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen dieser Satzung Auskunft über die Situation des Netto-Gesellschaftsvermögens gegeben werden muss, werden die Vermögenswerte des Fonds in die Referenzwährung umgerechnet. Das Netto-Fondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Wertpapiere, die an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet. Wird ein Wertpapier an mehreren Wertpapierbörsen amtlich notiert, ist der zuletzt verfügbare Kurs jener Börse maßgebend, die der Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist.

b) Wertpapiere, die nicht an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, die aber an einem geregelten Markt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Investmentgesellschaft nach Treu und Glauben für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

c) Bei Anleihen oder vergleichbaren Finanzinstrumenten, die nicht an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, die nicht an einem anderen geregelten Markt und die nicht am Zweitmarkt (OTC) gehandelt werden, erfolgt die Bewertung:

1. anhand eines Modells, durch welches der wahrscheinliche Realisierungswert ermittelt werden soll. Dabei erfolgt die Bewertung einer nicht notierten Anleihe oder eines vergleichbaren Finanzinstruments allgemein durch die risikoadäquate Diskontierung der zu erwartenden Zahlungsströme. Die zu erwartenden Zahlungen ergeben sich dabei aus allen in den nicht notierten Anleihen vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen und werden gemäß ihrem zeitlichen Anfall bei der Diskontierung erfasst. Sobald die Verwaltungsgesellschaft Kenntnis vom möglichen Ausbleiben vertraglich zugesicherter Zahlungen erlangt, wird der Zahlungsstrom und damit auch die Bewertung entsprechend angepasst. Da der zukünftige Zahlungsstrom unsicher ist, erfolgt die Diskontierung der Zahlungen mit einem risikoadäquaten Zins. Dieser Zins setzt sich zusammen aus einer „risikofreien Verzinsung“ und einem Aufschlag (Spread) für das übernommene Risiko. Der „risikofreie Zins“ wird dabei definiert als Swap-Satz, der kongruent zur Laufzeit der zu bewertenden nicht notierten Anleihe gewählt wird. Der Spread enthält verschiedene Komponenten, die aus Marktdaten und empirischen Daten abgeleitet werden. Im Einzelnen kompensiert dieser Aufschlag das Ausfallrisiko des Emittenten, eine eventuell besondere Ausgestaltung der Anleihe und die damit zu erwartenden geringeren Verwertungserlöse im Insolvenzfall des Emittenten von nicht notierten Anleihen oder vergleichbaren Finanzinstrumenten sowie die Illiquidität der nicht notierten Anleihe oder der vergleichbaren Finanzinstrumente. Der Aufschlag für das Ausfallrisiko wird basierend auf liquiden Marktindizes

laufzeitkongruent bestimmt. Weiterhin kann zur Bestimmung des Ausfallrisikos das Rating von anerkannten Ratingagenturen hinzugezogen werden. Die Kompensation für geringere Verwertungserlöse sowie die Illiquidität ergibt sich auf Basis diverser empirischer Beobachtungen. Insgesamt erfolgt die Bewertung vor allem anhand empirischer Daten, wobei aber bei gewissen Annahmen auch subjektive Komponenten in die Bewertung einfließen.

oder

2. anhand von vergleichbaren Anleihen und deren vereinbarten Preisen. Gegebenenfalls werden die Kurswerte von Anleihen vergleichbarer Emittenten mit entsprechender Laufzeit und Verzinsung, erforderlichenfalls mit einem Abschlag zum Ausgleich der geringeren Veräußerbarkeit, herangezogen.

d) OTC-Derivate werden auf einer von der Investmentgesellschaft festzulegenden und überprüfbar bewerteten Tagesbasis bewertet.

e) OGAW bzw. OGA werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet. Falls für Investmentanteile die Rücknahme ausgesetzt ist oder keine Rücknahmepreise festgelegt werden, werden diese Anteile ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar, Bewertungsregeln festlegt.

f) Falls die jeweiligen Kurse nicht marktgerecht sind und falls für andere als die unter Buchstabe a) und b) genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt wurden, werden diese Wertpapiere, ebenso wie die sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Investmentgesellschaft nach Treu und Glauben auf der Grundlage des wahrscheinlich erreichbaren Verkaufswertes festlegt.

g) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

h) Der Marktwert von Wertpapieren und anderen Anlagen, die auf eine andere Währung als die Fondswährung lauten, wird zum letzten Devisenmittelkurs in die Fondswährung umgerechnet. Gewinne und Verluste aus Devisentransaktionen, werden jeweils hinzugerechnet oder abgesetzt.

Das Netto-Fondsvermögen wird um die Ausschüttungen reduziert, die gegebenenfalls an die Aktionäre des Fonds gezahlt wurden.

6. Die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie erfolgt nach den vorstehend aufgeführten Kriterien. Soweit jedoch innerhalb des Fonds Aktienklassen gebildet wurden, erfolgt die daraus resultierende Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie innerhalb des Fonds nach den vorstehend aufgeführten Kriterien für jede Aktienklasse getrennt.

Art. 13. Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie.

1. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre gerechtfertigt ist, insbesondere:

a) während der Zeit, in der eine Börse oder ein anderer geregelter Markt, an/auf welcher(m) ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte notiert oder gehandelt werden, aus anderen Gründen als gesetzlichen oder Bankfeiertagen, geschlossen ist oder der Handel an dieser Börse bzw. an dem entsprechenden Markt ausgesetzt bzw. eingeschränkt wurde;

b) in Notlagen, wenn die Investmentgesellschaft über Fondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagenkäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie ordnungsgemäß durchzuführen.

c) im Falle einer Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen oder aus irgendeinem Grund der Wert eines Vermögenswertes nicht schnell oder genau genug bestimmt werden kann.

2. Aktionäre, welche einen Rücknahmeauftrag bzw. einen Umtauschantrag gestellt haben, werden von einer Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie unverzüglich benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt. Während die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie eingestellt ist, werden Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge nicht ausgeführt.

3. Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge können im Falle einer Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie vom Aktionär bis zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie widerrufen werden.

Art. 14. Ausgabe von Aktien.

1. Aktien werden jeweils am Erstausgabebetrag bzw. innerhalb der Erstausgabeperiode des Fonds, zu einem bestimmten Erstausgabepreis (zuzüglich Ausgabeaufschlag) ausgegeben, so wie für den Fonds im Anhang zum Verkaufsprospekt beschrieben. Im Anschluss an diesen Erstausgabebetrag bzw. an diese Erstausgabeperiode werden Aktien an jedem Bewertungstag zum Ausgabepreis ausgegeben. Ausgabepreis ist der Nettoinventarwert pro Aktie gemäß Artikel 12 Nr. 4 der Satzung, zuzüglich eines Ausgabeaufschlages, dessen maximale Höhe für den Fonds im Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt ist. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

2. Zeichnungsanträge für den Erwerb von Namensaktien können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, der Register- und Transferstelle und den Zahlstellen eingereicht werden. Diese entgegennehmenden Stellen sind zur unverzüglichen Weiterleitung der Zeichnungsanträge an die Register- und Transferstelle verpflichtet. Maßgeblich ist der Eingang

bei der Register- und Transferstelle („maßgebliche Stelle“). Diese nimmt die Zeichnungsanträge im Auftrag der Investmentgesellschaft an.

Zeichnungsanträge für den Erwerb von Inhaberaktien werden von der Stelle, bei der der Antragsteller sein Depot unterhält, an die Register- und Transferstelle weitergeleitet. Maßgeblich ist der Eingang bei der Register und Transferstelle.

Vollständige Zeichnungsanträge, welche bis zu dem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt am letzten Bankarbeitstag vor einem Bewertungstag bei der maßgeblichen Stelle eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des dem Bankarbeitstag folgenden Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Aktien zur Verfügung steht. Die Investmentgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Ausgabe von Aktien auf der Grundlage eines dem Antragsteller vorher unbekanntes Nettoinventarwertes pro Aktie abgerechnet wird. Sollte dennoch der Verdacht bestehen, dass ein Antragsteller Late-Trading betreibt, kann die Verwaltungsgesellschaft die Annahme des Zeichnungsantrages solange verweigern, bis der Antragsteller jegliche Zweifel in Bezug auf seinen Zeichnungsantrag ausgeräumt hat. Vollständige Zeichnungsanträge, welche nach dem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt am letzten Bankarbeitstag vor einem Bewertungstag bei der maßgeblichen Stelle eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des übernächsten Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Namensaktien zur Verfügung steht.

Sollte der Gegenwert der gezeichneten Aktien zum Zeitpunkt des Eingangs des vollständigen Zeichnungsantrages bei der maßgeblichen Stelle nicht zur Verfügung stehen oder der Zeichnungsantrag fehlerhaft oder unvollständig sein, wird der Zeichnungsantrag als mit dem Datum bei der maßgeblichen Stelle eingegangen betrachtet, an dem der Gegenwert der gezeichneten Aktien zur Verfügung steht bzw. der Zeichnungsantrag ordnungsgemäß vorliegt.

Inhaberaktien werden bei Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Investmentgesellschaft von der Depotbank übertragen, indem sie der Stelle gutgeschrieben werden, bei der der Zeichner sein Depot unterhält.

Der Ausgabepreis ist innerhalb von der im Anhang zum Verkaufsprospekt angegebenen Anzahl von Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung bei der Depotbank in Luxemburg zahlbar.

3. Im Falle von Sparplänen wird höchstens ein Drittel von jeder der für das erste Jahr vereinbarten Zahlungen für die Deckung von Kosten verwendet und die restlichen Kosten auf alle späteren Zahlungen gleichmäßig verteilt.

Art. 15. Beschränkung und Einstellung der Ausgabe von Aktien.

1. Die Investmentgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen ohne Angabe von Gründen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Aktien zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen oder Aktien einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurücknehmen, wenn dies im Interesse der Aktionäre, im öffentlichen Interesse, zum Schutz der Investmentgesellschaft oder der Aktionäre erforderlich erscheint.

2. In diesem Fall wird die Register- und Transferstelle auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen ohne Zinsen unverzüglich zurückerstatten.

3. Die Ausgabe von Aktien wird insbesondere dann zeitweilig eingestellt, wenn die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie eingestellt wird.

4. Des Weiteren kann der Verwaltungsrat den Besitz von Aktien durch jede Person, die in den Vereinigten Staaten von Amerika („USA“) steuerpflichtig ist einschränken oder verbieten.

Die Aktien des Fonds sind in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 registriert und können daher weder in den USA noch an US-Bürger angeboten oder verkauft werden.

Als US-Bürger werden bspw. diejenigen natürlichen Personen betrachtet, die

- a) in den USA oder einem ihrer Territorien bzw. Hoheitsgebiete geboren wurden,
- b) eingebürgerte Staatsangehörige sind (bzw. Green Card Holder),
- c) im Ausland als Kind eines Staatsangehörigen der USA geboren wurden,
- d) ohne Staatsangehöriger der USA zu sein, sich überwiegend in den USA aufhalten,
- e) mit einem Staatsangehörigen der USA verheiratet sind oder
- f) in den USA steuerpflichtig sind.

Als US-Bürger werden außerdem betrachtet:

- a) Gesellschaften und Kapitalgesellschaften, die unter den Gesetzen eines der 50 US-Bundesstaaten oder des District of Columbia gegründet wurden,
- b) eine Gesellschaft oder Personengesellschaft, die unter einem „Act of Congress“ gegründet wurde,
- c) ein Pensionsfond, der als US-Trust gegründet wurde oder
- d) eine Gesellschaft, die in den USA steuerpflichtig ist.

Art. 16. Rücknahme und Umtausch von Aktien.

1. Die Aktionäre sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Aktien zum Nettoinventarwert pro Aktie gemäß Artikel 12 Nr. 4 der Satzung, gegebenenfalls abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages („Rücknahmepreis“) zu beantragen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag. Sollte ein Rücknahmeabschlag erhoben werden, so ist dessen maximale Höhe für den Fonds im Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben.

Der Rücknahmepreis kann sich in bestimmten Ländern um dort anfallende Steuern und andere Belastungen vermindern. Mit Auszahlung des Rücknahmepreises erlischt die entsprechende Aktie.

2. Die Auszahlung des Rücknahmepreises sowie etwaige sonstige Zahlungen an die Aktionäre erfolgen über die Depotbank sowie über die Zahlstellen. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

Die Investmentgesellschaft kann Aktien einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse oder zum Schutz der Aktionäre, der Investmentgesellschaft erforderlich erscheint, insbesondere wenn:

- a) ein Verdachtsfall besteht, dass durch den jeweiligen Aktionär mit dem Erwerb der Aktien das „Market Timing“, das „Late Trading“ oder sonstige Markttechniken betrieben werden, die der Gesamtheit der Aktionäre schaden können,
- b) der Aktionär nicht die Bedingung für einen Erwerb der Aktien erfüllt oder
- c) die Anteile in einem Staat vertrieben oder in einem solchen Staat von einer Person (z.B. US-Bürger) erworben worden sind, in dem der Fonds zum Vertrieb oder der Erwerb von Aktien an solche Personen nicht zugelassen ist.

3. Der Umtausch sämtlicher Aktien oder eines Teils der Aktien in Aktien einer anderen Aktienklasse erfolgt auf der Grundlage des maßgeblichen Nettoinventarwertes pro Aktie der betreffenden Aktienklasse.

Die Investmentgesellschaft kann für den Fonds jederzeit einen Umtauschantrag zurückweisen, wenn dies im Interesse der Investmentgesellschaft oder im Interesse der Aktionäre geboten erscheint.

4. Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge für die Rücknahme bzw. den Umtausch von Namensaktien können bei der Investmentgesellschaft, ggf. der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, der Register- und Transferstelle und den Zahlstellen eingereicht werden. Diese entgegennehmenden Stellen sind zur unverzüglichen Weiterleitung der Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge an die Register- und Transferstelle („maßgebliche Stelle“) verpflichtet.

Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge für die Rücknahme bzw. den Umtausch von Inhaberaktien werden durch die Stelle, bei der der Aktionär sein Depot unterhält, an die Register- und Transferstelle weitergeleitet. Maßgeblich ist der Eingang bei der Register- und Transferstelle („maßgebliche Stelle“).

Ein Rücknahmeauftrag bzw. ein Umtauschantrag für die Rücknahme bzw. den Umtausch von Namensaktien ist dann vollständig, wenn er den Namen und die Anschrift des Aktionärs sowie die Anzahl bzw. den Gegenwert der zurückzugebenden oder umzutauschenden Aktien und den Namen des Fonds angibt, und wenn er von dem entsprechenden Aktionär unterschrieben ist.

Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. vollständige Umtauschanträge, welche bis zu dem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt am letzten Bankarbeitstag vor einem Bewertungstag bei der maßgeblichen Stelle eingegangen sind, werden zum Nettoinventarwert pro Aktie des dem Bankarbeitstag folgenden Bewertungstages, abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages, abgerechnet. Die Investmentgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Rücknahme bzw. der Umtausch von Aktien auf der Grundlage eines dem Aktionär vorher unbekanntes Nettoinventarwertes pro Aktie abgerechnet wird. Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. vollständige Umtauschanträge, welche nach einem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt am letzten Bankarbeitstag vor einem Bewertungstag bei der maßgeblichen Stelle eingegangen sind, werden zum Nettoinventarwert pro Aktie des übernächsten Bewertungstages, abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages, abgerechnet.

Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von der im Anhang des Fonds angegebenen Anzahl von Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung. Im Fall von Namensaktien erfolgt die Auszahlung auf ein vom Aktionär anzugebendes Konto.

Sich aus dem Umtausch von Inhaber- und Namensaktien ergebende Spitzenbeträge werden von der Register- und Transferstelle bzw. der Depotbank in bar ausgeglichen.

5. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt, die Rücknahme bzw. den Umtausch von Aktien wegen einer Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie zeitweilig einzustellen.

6. Die Investmentgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank unter Wahrung der Interessen der Aktionäre berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des Fonds ohne Verzögerung verkauft wurden. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme zum dann geltenden Rücknahmepreis. Entsprechendes gilt für Anträge auf Umtausch von Aktien. Die Investmentgesellschaft achtet aber darauf, dass dem Fondsvermögen ausreichende flüssige Mittel zur Verfügung stehen, damit eine Rücknahme bzw. der Umtausch von Aktien auf Antrag von Aktionären unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.

IV. Generalversammlung

Art. 17. Rechte der Generalversammlung. Die ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung vertritt alle Aktionäre der Investmentgesellschaft. Sie hat die weitesten Befugnisse, um alle Handlungen der Investmentgesellschaft anzuordnen oder zu bestätigen. Ihre Beschlüsse sind bindend für alle Aktionäre, sofern diese Beschlüsse in Übereinstimmung mit dem Luxemburger Gesetz und dieser Satzung stehen, insbesondere sofern sie nicht in die Rechte der getrennten Versammlungen der Aktionäre einer bestimmten Aktienklasse eingreifen.

Art. 18. Einberufung.

1. Die jährliche Generalversammlung wird gemäß dem Luxemburger Gesetz in Luxemburg, am Gesellschaftssitz oder an jedem anderen Ort der Gemeinde, in der sich der Gesellschaftssitz befindet, der in der Einberufung festgelegt wird, am 4. Dienstag im Juni eines jeden Jahres um 10.00 Uhr, abgehalten. Abweichend von dieser Regelung wird die erste

Generalversammlung am 4. Dienstag im April 2014 um 10.00 Uhr stattfinden. Falls dieser Tag ein Bankfeiertag in Luxemburg ist, wird die jährliche Generalversammlung am ersten nachfolgenden Bankarbeitstag in Luxemburg abgehalten.

Die jährliche Generalversammlung kann im Ausland abgehalten werden, wenn der Verwaltungsrat nach seinem Ermessen feststellt, dass außergewöhnliche Umstände dies erfordern. Eine derartige Entscheidung des Verwaltungsrates ist unanfechtbar.

2. Die Aktionäre kommen außerdem aufgrund einer den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Einberufung des Verwaltungsrates zusammen. Sie kann auch auf Antrag von Aktionären, welche mindestens ein Fünftel des Vermögens der Investmentgesellschaft repräsentieren, zusammentreten.

3. Die Tagesordnung wird vom Verwaltungsrat vorbereitet, außer in den Fällen, in denen die Generalversammlung auf schriftlichen Antrag der Aktionäre zusammentritt; in solchen Fällen kann der Verwaltungsrat eine zusätzliche Tagesordnung vorbereiten.

4. Außerordentliche Generalversammlungen können zu der Zeit und an dem Orte abgehalten werden, wie es in der Einberufung zur jeweiligen außerordentlichen Generalversammlung angegeben ist.

5. Die oben unter 2. bis 4. aufgeführten Regeln gelten entsprechend für getrennte Generalversammlungen einer oder mehrerer Aktienklassen.

Art. 19. Beschlussfähigkeit und Abstimmung. Grundsätzlich ist jeder Aktionär an den Generalversammlungen teilnahmeberechtigt. Jeder Aktionär kann sich vertreten lassen, indem er eine andere Person schriftlich als seinen Bevollmächtigten bestimmt.

An für einzelne Aktienklassen stattfindenden Generalversammlungen, die ausschließlich die jeweiligen Aktienklassen betreffende Beschlüsse fassen können, dürfen nur diejenigen Aktionäre teilnehmen, die Aktien der entsprechenden Aktienklassen halten.

Die Vollmachten, deren Form vom Verwaltungsrat festgelegt werden kann, müssen mindestens fünf Tage vor der Generalversammlung am Gesellschaftssitz hinterlegt werden.

Alle anwesenden Aktionäre und Bevollmächtigte müssen sich vor Eintritt in die Generalversammlungen in die vom Verwaltungsrat aufgestellte Anwesenheitsliste einschreiben.

Die Generalversammlung entscheidet über alle im Gesetz vom 10. August 1915 sowie im Gesetz vom 17. Dezember 2010, vorgesehenen Angelegenheiten, und zwar in den Formen, mit dem Quorum und den Mehrheiten die von den vorgenannten Gesetzen vorgesehen sind. Sofern die vorgenannten Gesetze oder die vorliegende Satzung nichts Gegenteiliges anordnen, werden die Entscheidungen der ordnungsgemäß einberufenen Generalversammlung durch einfache Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Aktionäre gefasst.

Grundsätzlich ist jede Aktie stimmberechtigt. Das Stimmverhältnis der Aktien bestimmt der Verwaltungsrat und weist die entsprechende Regelung im fondsspezifischen Anhang aus.

Aktienbruchteile sind nicht stimmberechtigt.

Bei Fragen, welche die Investmentgesellschaft als Ganzes betreffen, stimmen die Aktionäre gemeinsam ab. Eine getrennte Abstimmung erfolgt jedoch bei Fragen, die nur eine oder mehrere Aktienklasse(n) betreffen.

Art. 20. Vorsitzender, Stimmzähler, Sekretär.

1. Die Generalversammlung tritt unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder, im Falle seiner Abwesenheit, unter dem Vorsitz eines von der Generalversammlung gewählten Vorsitzenden zusammen.

2. Der Vorsitzende bestimmt einen Sekretär, der nicht notwendigerweise Aktionär sein muss, und die Generalversammlung ernannt unter den anwesenden und dies annehmenden Aktionären oder den Vertretern der Aktionäre einen Stimmzähler.

3. Die Protokolle der Generalversammlung werden von dem Vorsitzenden, dem Stimmzähler und dem Sekretär der jeweiligen Generalversammlung und den Aktionären, die dies verlangen, unterschrieben.

4. Abschriften und Auszüge, die von der Investmentgesellschaft zu erstellen sind, werden vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterschrieben.

V. Verwaltungsrat

Art. 21. Zusammensetzung.

1. Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die von der Generalversammlung bestimmt werden und die nicht Aktionäre der Investmentgesellschaft sein müssen.

Auf der Generalversammlung kann ein neues Mitglied, das dem Verwaltungsrat bislang nicht angehört hat, nur dann zum Verwaltungsratsmitglied gewählt werden, wenn

a) diese betreffende Person vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen wird oder

b) ein Aktionär, der bei der anstehenden Generalversammlung, die den Verwaltungsrat bestimmt, voll stimmberechtigt ist, dem Vorsitzenden - oder wenn dies unmöglich sein sollte, einem anderen Verwaltungsratsmitglied - schriftlich nicht weniger als sechs und nicht mehr als dreißig Tage vor dem für die Generalversammlung vorgesehenen Datum seine Absicht unterbreitet, eine andere Person als seiner selbst zur Wahl oder zur Wiederwahl vorzuschlagen, zusammen mit einer

schriftlichen Bestätigung dieser Person, sich zur Wahl stellen zu wollen, wobei jedoch der Vorsitzende der Generalversammlung unter der Voraussetzung einstimmiger Zustimmung aller anwesenden Aktionäre den Verzicht auf die oben aufgeführten Erklärungen beschließen kann und die solcherweise nominierte Person zur Wahl vorschlagen kann.

2. Die Generalversammlung bestimmt die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder sowie die Dauer ihrer Mandate. Eine Mandatsperiode darf die Dauer von sechs Jahren nicht überschreiten. Ein Verwaltungsratsmitglied kann wieder gewählt werden.

3. Scheidet ein Verwaltungsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so können die verbleibenden von der Generalversammlung ernannten Mitglieder des Verwaltungsrates bis zur nächstfolgenden Generalversammlung einen vorläufigen Nachfolger bestimmen. Der so bestimmte Nachfolger führt die Amtszeit seines Vorgängers zu Ende.

4. Die Verwaltungsratsmitglieder können jederzeit von der Generalversammlung abberufen werden.

Art. 22. Befugnisse. Der Verwaltungsrat hat die Befugnis, alle Geschäfte zu tätigen und alle Handlungen vorzunehmen, die zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich sind. Er ist zuständig für alle Angelegenheiten der Investmentgesellschaft, soweit sie nicht nach dem Gesetz vom 10. August 1915 oder nach dieser Satzung der Generalversammlung vorbehalten sind.

Der Verwaltungsrat hat darüber hinaus die Befugnis Interimdividenden auszuschütten.

Art. 23. Interne Organisation des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat ernennt unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden.

Der Verwaltungsratsvorsitzende steht den Sitzungen des Verwaltungsrates vor; in seiner Abwesenheit bestimmt der Verwaltungsrat ein anderes Verwaltungsratsmitglied als Sitzungsvorsitzenden.

Der Vorsitzende kann einen Sekretär ernennen, der nicht notwendigerweise Mitglied des Verwaltungsrates zu sein braucht und der die Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates und der Generalversammlung zu erstellen hat.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, eine Verwaltungsgesellschaft, einen Fondsmanager, Anlageberater sowie Anlagenausschüsse für den Fonds zu ernennen und deren Befugnisse festzulegen.

Art. 24. Häufigkeit und Einberufung. Der Verwaltungsrat tritt, auf Einberufung des Vorsitzenden oder zweier Verwaltungsratsmitglieder an dem in der Einladung angegebenen Ort, so oft zusammen, wie es die Interessen der Investmentgesellschaft erfordern, mindestens jedoch einmal im Jahr.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden mindestens 48 (achtundvierzig) Stunden vor der Sitzung des Verwaltungsrates schriftlich, mittels Brief, Telefax oder E-Mail einberufen, es sei denn die Wahrung der vorgenannten Frist ist aufgrund von Dringlichkeit unmöglich. In diesen Fällen sind Art und Gründe der Dringlichkeit im Einberufungsschreiben anzugeben.

Ein Einberufungsschreiben ist, sofern jedes Verwaltungsratsmitglied entweder bei Anwesenheit in der Sitzung keine Einwände gegen die Form der Einladung erhoben oder sein Einverständnis schriftlich, mittels Brief, Telefax oder E-Mail gegeben hat, nicht erforderlich.

Eine gesonderte Einberufung ist nicht erforderlich, wenn eine Sitzung des Verwaltungsrates zu einem Termin und an einem Ort stattfindet, die in einem im Voraus vom Verwaltungsrat gefassten Beschluss festgelegt sind.

Art. 25. Sitzungen des Verwaltungsrates. Jedes Verwaltungsratsmitglied kann an jeder Sitzung des Verwaltungsrates teilhaben, auch indem es schriftlich, mittels Brief oder Telefax ein anderes Verwaltungsratsmitglied als seinen Bevollmächtigten ernennt.

Darüber hinaus kann jedes Verwaltungsratsmitglied an einer Sitzung des Verwaltungsrates im Wege einer telefonischen Konferenzschaltung oder durch ähnliche Kommunikationsmittel, welche ermöglichen, dass sämtliche Teilnehmer an der Sitzung des Verwaltungsrates einander hören können, teilnehmen. Diese Art der Teilnahme steht einer persönlichen Teilnahme an dieser Sitzung des Verwaltungsrates gleich.

Der Verwaltungsrat ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Verwaltungsratsmitglieder bei der Sitzung des Verwaltungsrates zugegen oder vertreten ist. Die Beschlüsse werden durch einfache Mehrheit der Stimmen der anwesenden bzw. vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Sitzungsvorsitzenden ausschlaggebend.

Die Verwaltungsratsmitglieder können, mit Ausnahme von im Umlaufverfahren gefassten Beschlüssen, wie nachfolgend beschrieben, nur im Rahmen von Sitzungen des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft, die ordnungsgemäß einberufen worden sind, Beschlüsse fassen.

Die Verwaltungsratsmitglieder können einstimmig Beschlüsse im Umlaufverfahren fassen. In diesem Falle sind die von allen Verwaltungsratsmitgliedern unterschriebenen Beschlüsse gleichermaßen gültig und vollzugsfähig wie solche, die während einer ordnungsgemäß einberufenen und abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates gefasst wurden. Diese Unterschriften können auf einem einzigen Dokument oder auf mehreren Kopien desselben Dokumentes gemacht werden und können mittels Brief oder Telefax eingeholt werden.

Der Verwaltungsrat kann seine Befugnisse und Pflichten der täglichen Verwaltung an juristische oder natürliche Personen, die nicht Mitglieder des Verwaltungsrates sein müssen, delegieren und diesen für ihre Tätigkeiten Gebühren und Provisionen zahlen, die im einzelnen in Artikel 35 beschrieben sind.

Art. 26. Protokolle. Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden in Protokollen festgehalten, die in ein diesbezügliches Register eingetragen und vom Sitzungsvorsitzenden und vom Sekretär unterschrieben werden.

Abschriften und Auszüge dieser Protokolle werden vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterschrieben.

Art. 27. Zeichnungsbefugnis. Die Investmentgesellschaft wird durch die Unterschrift von zwei Verwaltungsratsmitgliedern rechtlich gebunden. Der Verwaltungsrat kann ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglied(er) ermächtigen, die Investmentgesellschaft durch Einzelunterschrift zu vertreten. Daneben kann der Verwaltungsrat andere juristische oder natürliche Personen ermächtigen, die Investmentgesellschaft entweder durch Einzelunterschrift oder gemeinsam mit einem Verwaltungsratsmitglied oder einer anderen vom Verwaltungsrat bevollmächtigten juristischen oder natürlichen Person rechtsgültig zu vertreten.

Art. 28. Unvereinbarkeitsbestimmungen. Kein Vertrag, kein Vergleich oder sonstiges Rechtsgeschäft, das die Investmentgesellschaft mit anderen Gesellschaften schließt, wird durch die Tatsache beeinträchtigt oder ungültig, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren, Geschäftsführer oder Bevollmächtigte der Investmentgesellschaft irgendwelche Interessen in oder Beteiligungen an irgendeiner anderen Gesellschaft haben, oder durch die Tatsache, dass sie Verwaltungsratsmitglied, Teilhaber, Direktor, Geschäftsführer, Bevollmächtigter oder Angestellter der anderen Gesellschaft sind.

Dieses(r) Verwaltungsratsmitglied, Direktor, Geschäftsführer oder Bevollmächtigter der Investmentgesellschaft, welches(r) zugleich Verwaltungsratsmitglied, Direktor, Geschäftsführer Bevollmächtigter oder Angestellter einer anderen Gesellschaft ist, mit der die Investmentgesellschaft Verträge abgeschlossen hat oder mit der sie in einer anderen Weise in geschäftlichen Beziehungen steht, wird dadurch nicht das Recht verlieren, zu beraten, abzustimmen und zu handeln, was die Angelegenheiten, die mit einem solchen Vertrag oder solchen Geschäften in Verbindung stehen, anbetrifft.

Falls aber ein Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Bevollmächtigter ein persönliches Interesse in irgendwelcher Angelegenheit der Investmentgesellschaft hat, muss dieses Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Bevollmächtigter der Investmentgesellschaft den Verwaltungsrat über dieses persönliche Interesse informieren, und er wird weder mitberaten noch am Votum über diese Angelegenheit teilnehmen. Ein Bericht über diese Angelegenheit und über das persönliche Interesse des Verwaltungsratsmitgliedes, Direktors oder Bevollmächtigten muss bei der nächsten Generalversammlung erstattet werden.

Der Begriff „persönliches Interesse“, wie er im vorstehenden Absatz verwendet wird, findet keine Anwendung auf jedwede Beziehung und jedwedes Interesse, die nur deshalb entstehen, weil das Rechtsgeschäft zwischen der Investmentgesellschaft einerseits und dem Fondsmanager, der Zentralverwaltungsstelle, der Register- und Transferstelle (bzw. ein mit diesen mittelbar oder unmittelbar verbundenes Unternehmen) oder jeder anderen von der Investmentgesellschaft benannten Gesellschaft andererseits geschlossen wird.

Die vorhergehenden Bestimmungen sind in Fällen, in denen die Depotbank Partei eines solchen Vertrages, Vergleiches oder sonstigen Rechtsgeschäftes ist, nicht anwendbar.

Art. 29. Schadloshaltung. Die Investmentgesellschaft verpflichtet sich, jedes(n) der Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten, ihre Erben, Testamentsvollstrecker und Verwalter schadlos zu halten gegen alle Klagen, Forderungen und Haftungen irgendwelcher Art, sofern die Betroffenen ihre Verpflichtungen ordnungsgemäß erfüllt haben, und diese für sämtliche Kosten, Ausgaben und Verbindlichkeiten, die anlässlich solcher Klagen, Verfahren, Forderungen und Haftungen entstanden sind, zu entschädigen.

Das Recht auf Entschädigung schließt andere Rechte zugunsten des Verwaltungsratsmitgliedes, Direktors, Geschäftsführers oder Bevollmächtigten nicht aus.

Art. 30. Verwaltungsgesellschaft. Der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft kann unter eigener Verantwortung eine Verwaltungsgesellschaft mit der Anlageverwaltung, der Administration sowie dem Vertrieb der Aktien der Investmentgesellschaft betrauen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist für die Verwaltung und Geschäftsführung der Investmentgesellschaft verantwortlich. Sie darf für Rechnung der Investmentgesellschaft alle Geschäftsführungs- und Verwaltungsmaßnahmen und alle unmittelbar oder mittelbar mit dem Vermögen der Investmentgesellschaft verbundenen Rechte ausüben, insbesondere ihre Aufgaben an qualifizierte Dritte ganz oder teilweise übertragen; sie kann sich ferner unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern und/oder einem Anlageausschuss, beraten lassen.

Die Verwaltungsgesellschaft erfüllt ihre Verpflichtungen mit der Sorgfalt eines entgeltlich Bevollmächtigten (mandataire salarié).

Sofern die Verwaltungsgesellschaft die Anlageverwaltung auf einen Dritten auslagert, so darf nur ein Unternehmen benannt werden, das für die Ausübung der Vermögensverwaltung zugelassen oder eingetragen ist und einer Aufsicht unterliegt.

Die Anlageentscheidung, die Ordererteilung und die Auswahl der Broker sind ausschließlich der Verwaltungsgesellschaft vorbehalten, sofern kein Fondsmanager mit der Anlagenverwaltung beauftragt wurde.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, unter Wahrung ihrer eigenen Verantwortung und Kontrolle einen Dritten zur Ordererteilung zu bevollmächtigen.

Die Übertragung der Aufgaben darf die Wirksamkeit der Beaufsichtigung durch die Verwaltungsgesellschaft in keiner Weise beeinträchtigen. Insbesondere darf die Verwaltungsgesellschaft durch die Übertragung der Aufgaben nicht daran gehindert werden, im Interesse der Aktionäre zu handeln und dafür zu sorgen, dass die Investmentgesellschaft im besten Interesse der Aktionäre verwaltet wird.

Art. 31. Fondsmanager. Sofern die Investmentgesellschaft von Artikel 30 Absatz 1 Gebrauch gemacht und die Verwaltungsgesellschaft anschließend die Anlageverwaltung auf einen Dritten ausgelagert hat, besteht die Aufgabe eines solchen Fondsmanagers insbesondere in der täglichen Umsetzung der Anlagepolitik des Fondsvermögens, in der Führung der Tagesgeschäfte der Vermögensverwaltung sowie in anderen damit verbundenen Dienstleistungen, jeweils unter der Aufsicht, Verantwortung und Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik und der Anlagebeschränkungen des Fonds, wie sie in dieser Satzung und dem Verkaufsprospekt (nebst Anhang) der Investmentgesellschaft beschrieben sind, sowie der gesetzlichen Anlagebeschränkungen.

Der Fondsmanager muss über eine Zulassung zur Vermögensverwaltung verfügen und einer Aufsicht in seinem Sitzstaat unterliegen.

Der Fondsmanager ist befugt, Makler sowie Broker zur Abwicklung von Transaktionen in den Vermögenswerten der Investmentgesellschaft auszuwählen. Die Anlageentscheidung und die Ordererteilung obliegen dem Fondsmanager.

Der Fondsmanager hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern, beraten zu lassen.

Es ist dem Fondsmanager gestattet, seine Aufgaben mit Genehmigung der Verwaltungsgesellschaft ganz oder teilweise an Dritte, deren Vergütung ganz zu seinen Lasten geht, auszulagern.

Der Fondsmanager trägt alle Aufwendungen, die ihm in Verbindung mit den von ihm für die Investmentgesellschaft geleisteten Dienstleistungen entstehen. Maklerprovisionen, Transaktionsgebühren und andere im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten anfallende Geschäftskosten werden von dem Fonds getragen.

VI. Wirtschaftsprüfer

Art. 32. Wirtschaftsprüfer. Die Kontrolle der Jahresberichte der Investmentgesellschaft ist einer Wirtschaftsprüfergesellschaft bzw. einem oder mehreren Wirtschaftsprüfer(n) zu übertragen, die im Großherzogtum Luxemburg zugelassen ist/ sind und von der Generalversammlung ernannt wird/ werden.

Der/ die Wirtschaftsprüfer ist/ sind für eine Dauer von bis zu sechs Jahren ernannt und kann/ können jederzeit von der Generalversammlung abberufen werden.

VII. Allgemeines und Schlussbestimmungen

Art. 33. Verwendung der Erträge.

1. Der Verwaltungsrat kann die im Fonds erwirtschafteten Erträge an die Aktionäre ausschütten oder diese Erträge thesaurieren. Dies findet für den Fonds im Anhang zu dem Verkaufsprospekt Erwähnung.

2. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne, sonstige Aktiva sowie, in Ausnahmefällen, auch Kapitalanteile zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Gesellschaftsvermögen aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäß Artikel 10 dieser Satzung sinkt.

3. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Aktien ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisaktien vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können bar ausgezahlt werden. Erträge, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht geltend gemacht wurden, verfallen zugunsten des Fonds.

4. Ausschüttungen an Inhaber von Namensaktien erfolgen grundsätzlich durch die Reinvestition des Ausschüttungsbetrages zu Gunsten des Inhabers von Namensaktien. Sofern dies nicht gewünscht ist, kann der Inhaber von Namensaktien innerhalb von zehn Tagen nach Zugang der Mitteilung über die Ausschüttung bei der Register- und Transferstelle die Auszahlung auf das von ihm angegebene Konto beantragen. Ausschüttungen an Inhaber von Inhaberaktien erfolgen in der gleichen Weise wie die Auszahlung des Rücknahmepreises an die Inhaber von Inhaberaktien.

Sofern effektive Stücke ausgegeben wurden, erfolgt die Auszahlung der Ausschüttungen gegen Vorlage des jeweiligen Ertragsscheins bei den von der Investmentgesellschaft benannten Zahlstellen.

5. Ausschüttungen, die erklärt, aber nicht auf eine ausschüttende Inhaberaktie ausgezahlt wurden, insbesondere wenn, im Zusammenhang mit effektiven Stücken, kein Ertragsschein vorgelegt wurde, können nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren ab der erfolgten Zahlungserklärung, vom Aktionär einer solchen Aktie nicht mehr eingefordert werden und werden dem Fondsvermögen gutgeschrieben und, sofern Aktienklassen gebildet wurden, der jeweiligen Aktienklasse zugerechnet. Auf erklärte Ausschüttungen werden vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit an keine Zinsen bezahlt.

Art. 34. Berichte. Der Verwaltungsrat erstellt für die Investmentgesellschaft einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Großherzogtum Luxemburg.

1. Spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht der Verwaltungsrat einen geprüften Jahresbericht entsprechend den Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.

2. Zwei Monate nach Ende der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht der Verwaltungsrat einen ungeprüften Halbjahresbericht.

3. Sofern dies für die Berechtigung zum Vertrieb in anderen Ländern erforderlich ist, können zusätzlich geprüfte und ungeprüfte Zwischenberichte erstellt werden.

Art. 35. Kosten. Der Fonds trägt die folgenden Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

1. Sofern eine Verwaltungsgesellschaft bestellt wird, kann diese aus dem Fondsvermögen eine (fixe und/oder erfolgsabhängige) Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung im Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

2. Sofern ein Fondsmanager vertraglich verpflichtet wurde, kann dieser aus dem Fondsvermögen oder aus der Verwaltungsvergütung eine fixe und/oder erfolgsabhängige Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung im Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

3. Die Depotbank sowie die Zentralverwaltungs-, Register- und Transferstelle erhalten für die Erfüllung ihrer Aufgaben jeweils eine im Großherzogtum Luxemburg bankübliche Vergütung. Die Höhe, Berechnung und Auszahlung ist im Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt. Diese Vergütungen verstehen sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

4. Der Fonds trägt neben den vorgenannten Kosten, die folgenden Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

a) Kosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung von Vermögensgegenständen anfallen, insbesondere bankübliche Spesen für Transaktionen in Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten und Rechten der Investmentgesellschaft und deren Verwahrung sowie die banküblichen Kosten für die Verwahrung von ausländischen Investmentanteilen im Ausland;

b) alle fremden Verwaltungs- und Verwahrungsgebühren, die von anderen Korrespondenzbanken und/oder Clearingstellen (z.B. Clearstream Banking S.A.) für die Vermögenswerte des Fonds in Rechnung gestellt werden, sowie alle fremden Abwicklungs-, Versand- und Versicherungsspesen, die im Zusammenhang mit den Wertpapiergeschäften des Fonds in Anteile anderer OGAW oder OGA anfallen;

c) die Transaktionskosten der Ausgabe und Rücknahme von Inhaberaktien;

d) darüber hinaus werden der Depotbank, der Zentralverwaltungsstelle und der Register- und Transferstelle die im Zusammenhang mit dem Fondsvermögen anfallenden eigenen Auslagen und sonstigen Kosten sowie die durch die erforderliche Inanspruchnahme Dritter entstehenden Auslagen und sonstigen Kosten erstattet. Die Depotbank erhält des Weiteren bankübliche Spesen;

e) Steuern, die auf das Vermögen der Investmentgesellschaft, deren Einkommen und die Auslagen zu Lasten des Fonds erhoben werden;

f) Kosten für die Rechtsberatung, die der Investmentgesellschaft, der Verwaltungsgesellschaft (sofern ernannt) oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Aktionäre handelt;

g) Kosten des Wirtschaftsprüfers der Investmentgesellschaft;

h) Kosten für die Erstellung, Vorbereitung, Hinterlegung, Veröffentlichung, den Druck und den Versand sämtlicher Dokumente für die Investmentgesellschaft, insbesondere etwaiger Anteilzertifikate sowie Ertragsschein- und Bogenerneuerungen, des Verkaufsprospektes (nebst Anhang), der Satzung, der Jahres und Halbjahresberichte, der Vermögensaufstellungen, der Mitteilungen an die Aktionäre, der Einberufungen, der Vertriebsanzeigen bzw. Anträge auf Bewilligung in den Ländern in denen die Aktien der Investmentgesellschaft vertrieben werden sollen, die Korrespondenz mit den betroffenen Aufsichtsbehörden;

i) Die Verwaltungsgebühren, die für die Investmentgesellschaft bei sämtlichen betroffenen Behörden zu entrichten sind, insbesondere die Verwaltungsgebühren der Luxemburger Aufsichtsbehörde und anderer Aufsichtsbehörden sowie die Gebühren für die Hinterlegung der Dokumente der Investmentgesellschaft;

j) Kosten, im Zusammenhang mit einer etwaigen Börsenzulassung;

k) Kosten für die Werbung und solche, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Aktien anfallen;

l) Versicherungskosten;

m) Vergütungen, Auslagen und sonstige Kosten ausländischer Zahlund Vertriebsstellen, sowie anderer im Ausland notwendig einzurichtender Stellen, die im Zusammenhang mit dem Fondsvermögen anfallen;

n) Zinsen, die im Rahmen von Krediten anfallen, die gemäß Artikel 4 der Satzung aufgenommen werden;

o) etwaige Honorare und Auslagen eines etwaigen Anlageausschusses;

p) etwaige Honorare und Auslagen des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft;

q) Kosten für die Gründung der Investmentgesellschaft und die Erstausgabe von Aktien;

r) Weitere Kosten der Verwaltung einschließlich Kosten für Interessenverbände;

s) Kosten für Performance-Attribution;

t) Kosten für die Bonitätsbeurteilung der Investmentgesellschaft durch national und international anerkannte Rating Agenturen;

u) angemessene Kosten für das Risikocontrolling.

Sämtliche Kosten werden zunächst den ordentlichen Erträgen und den Kapitalgewinnen und zuletzt dem Fondsvermögen angerechnet.

Die Kosten für die Gründung der Investmentgesellschaft und die Erstaussgabe von Aktien werden zu Lasten des Vermögens über die ersten fünf Geschäftsjahre abgeschrieben.

Sämtliche vorbezeichnete Kosten, Gebühren und Ausgaben verstehen sich zuzüglich einer gegebenenfalls anfallenden Mehrwertsteuer.

Art. 36. Geschäftsjahr. Das Geschäftsjahr der Investmentgesellschaft beginnt am 1. Januar eines jeden Jahres und endet am 31. Dezember des Jahres.

Art. 37. Depotbank.

1. Die Investmentgesellschaft hat eine Bank mit Sitz im Großherzogtum Luxemburg als Depotbank bestellt. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz vom 17. Dezember 2010, dem Depotbankvertrag, dieser Satzung sowie dem Verkaufsprospekt (nebst Anhang).

2. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt, im eigenen Namen Ansprüche der Aktionäre gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Depotbank durch die Aktionäre nicht aus.

Art. 38. Satzungsänderung. Diese Satzung kann jederzeit durch Beschluss der Aktionäre geändert oder ergänzt werden, vorausgesetzt, dass die in dem Gesetz vom 10. August 1915 vorgesehenen Vorschriften über Satzungsänderungen eingehalten werden.

Art. 39. Allgemeines. Für alle Punkte, die in dieser Satzung nicht geregelt sind, wird auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915 sowie auf das Gesetz vom 17. Dezember 2010 verwiesen.

Übergangsbestimmung

1) Das erste Geschäftsjahr beginnt am heutigen Tag und endet am 31. Dezember 2013. Der erste Halbjahresbericht wird zum 30. Juni 2013 erstellt.

2) Die erste ordentliche jährliche Generalversammlung findet im Jahre 2014 statt.

Zeichnung des Gründungskapitals

Das Gründungskapital wird wie folgt gezeichnet:

Haron Holding AG, vorgenannt, zeichnet dreihundertzehn (310) Aktien zum Gegenwert von einunddreißigtausend (Euro 31.000,-).

Damit beträgt das Gründungskapital insgesamt einunddreißigtausend Euro (Euro 31.000,-). Die Einzahlung des gesamten Gründungskapitals wurde dem unterzeichneten Notar ordnungsgemäß nachgewiesen.

Erklärung

Der amtierende Notar erklärt, dass die in Artikel 26, 26-3 und 26-5 des Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind, und bescheinigt dies ausdrücklich.

Kosten

Die Gründungskosten welche der Investmentgesellschaft in Rechnung gestellt werden belaufen sich auf ungefähr EUR 4.000,-.

Gründungsversammlung der Investmentgesellschaft

Oben angeführter Gründungsgesellschafter, welcher das gesamte gezeichnete Gründungskapital vertritt, hat unverzüglich eine Gesellschafterversammlung, zu der er sich als rechtens einberufen bekennt, abgehalten und folgende Beschlüsse gefasst:

I. Zu Mitgliedern des Verwaltungsrates werden ernannt:

a) Herr Frank HAUPRICH, Geschäftsführer ETHENEA Independent Investors S.A., geboren am 10. August 1973 in Trier, beruflich ansässig in 9A, rue Gabriel Lippmann, L-5365 Munsbach.

b) Herr Mathias SCHIRPKE, Abteilungsdirektor DZ PRIVATBANK S.A., geboren am 4. August 1965 in Göttingen, beruflich ansässig in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxembourg-Strassen.

c) Herr Uwe GILLEN, Gruppenleiter DZ PRIVATBANK S.A., geboren am 11. März 1971 in Bitburg, beruflich ansässig in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxembourg-Strassen.

Die Mandate der Verwaltungsratsmitglieder enden mit der ordentlichen Gesellschafterversammlung des Jahres 2014.

II. Sitz der Investmentgesellschaft ist 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxembourg-Strassen.

III. Zum Wirtschaftsprüfer wird ernannt: KPMG Luxembourg, société à responsabilité limitée, mit Sitz in L-2520 Luxembourg, 9, allée Scheffer, (RCS Luxembourg B 149.133).

Das Mandat des Wirtschaftsprüfers endet mit der ordentlichen Gesellschafterversammlung des Jahres 2014 .

Worüber Urkunde aufgenommen wurde in Luxembourg-Strassen, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung des Vorstehenden an die Erschienene, welche dem unterzeichneten Notar dem Namen, Zivilstand und Wohnort nach bekannt ist, hat dieselbe die gegenwärtige Urkunde mit dem Notar unterschrieben.

Gezeichnet: V. AUGSDÖRFER und H. HELLINCKX.

Enregistré à Luxembourg A.C., le 23 octobre 2012. Relation: LAC/2012/49634. Reçu soixante-quinze euros (75,- EUR).

Le Receveur (signé): I. THILL.

FÜR GLEICHLAUTENDE AUSFERTIGUNG, der Gesellschaft auf Begehrt erteilt.

Luxemburg, den 25. Oktober 2012.

Référence de publication: 2012139784/862.

(120183992) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2012.

Corporate IV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-1115 Luxembourg, 2, boulevard Konrad Adenauer.

R.C.S. Luxembourg B 141.161.

Im Jahre zweitausendzwoölf, den neunundzwanzigsten Oktober.

Vor der unterzeichnenden Notarin Karine Reuter, mit Amtssitz in Pétange (Großherzogtum Luxemburg),

in Luxemburg, am Gesellschaftssitz, fand die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre (die „Versammlung“) der Investmentgesellschaft mit variablem Kapital ("société d'investissement à capital variable") „Corporate IV“ (die „Gesellschaft“) mit Sitz in L-1115 Luxembourg, 2, Boulevard Konrad Adenauer, eingetragen im Handelsregister von Luxemburg unter der Nummer B 141.161, statt.

Die Gesellschaft wurde gemäß notarieller Urkunde am 22. August 2008 durch Urkunde vom Notar Martine SCHAEFFER, mit Amtssitz in Luxemburg gegründet. Die Satzung wurde im Mémorial C, Nummer 2.248 am 15. September 2008, Seite 107.862 veröffentlicht.

Die Versammlung wird eröffnet unter dem Vorsitz von Frau Christiane Hoffranzen, geschäftlich ansässig in L-1115 Luxembourg, 2 Boulevard Konrad Adenauer. Die Vorsitzende beruft zur Schriftführerin Frau Elisabeth Hornig, geschäftlich ansässig in L-1115 Luxembourg, 2 Boulevard Konrad Adenauer. Die Versammlung wählt einstimmig zum Stimmzähler Herrn Marco Hirth, geschäftlich ansässig in L-1115 Luxembourg, 2 Boulevard Konrad Adenauer.

Alsdann bat der Präsident den amtierenden Notar folgendes zu beurkunden:

A) dass die Tagesordnung dieser Generalversammlung folgende Punkte umfasst:

Tagesordnung

1. Beschlussfassung über die Liquidation der Gesellschaft;
2. Ernennung eines Liquidators sowie Festlegung von dessen Befugnissen.

B) dass aus einer Anwesenheitsliste hervorgeht, dass sämtliche Aktionäre, anwesend sind oder gültig vertreten sind und deren Aktien in dieser Anwesenheitsliste eingetragen sind. Diese Anwesenheitsliste wurde von den Aktionären, den Bevollmächtigten, den Mitgliedern des Büros und dem amtierenden Notar unterschrieben.

C) dass die Vollmachten der vertretenen Aktionären, nach gehöriger "ne varietur" Unterschrift durch die Mitglieder des Büros und dem unterzeichneten Notar, gegenwärtiger Urkunde beigegeben bleiben,

D) dass das gesamte Kapital hier in dieser Versammlung gültig vertreten ist, und somit ordnungsgemäß zusammengestellt ist und gültig über alle Punkte der Tagesordnung abstimmen kann, da alle vertretenen Aktionäre, nach Kenntnisnahme der Tagesordnung, bereit waren ohne Einberufung hierüber abzustimmen.

Alsdann fasste die außerordentliche Generalversammlung, nach Beratung, einstimmig folgende Beschlüsse

Erster Beschluss

Die Generalversammlung beschließt die Gesellschaft aufzulösen, welche nur mehr für ihre Liquidation besteht.

Zweiter Beschluss

Die Generalversammlung ernennt zum Liquidator:

DWS Investment S.A., mit Sitz in L-1115 Luxembourg, 2 boulevard Konrad Adenauer, eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg unter Sektion B und Nummer 25.754, vertreten durch Herrn Manfred BAUER, geboren am 16. März 1969 in Saarburg (Deutschland), geschäftlich ansässig in L-1115 Luxembourg, 2 Boulevard Konrad Adenauer.

Der Liquidator hat die weitest gehenden Befugnisse, welche in den Artikeln 141 und folgende des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften ermöglicht, insbesondere ist er befugt alle Handlungen durchzuführen, welche in Artikel 145 des Gesetzes vom 10. August 1915 vorgesehen sind, ohne die vorherige Genehmigung der Generalversammlung beantragen zu müssen.

Der Liquidator ist von der Erstellung eines Inventars entbunden und kann sich auf die Buchungen der Gesellschaft berufen.

Er kann für bestimmte Geschäfte und unter seiner Verantwortung seine Befugnisse ganz oder teilweise an Drittpersonen übertragen für einen von ihm zu bestimmenden Zeitraum.

Da somit die Tagesordnung erschöpft ist, hebt die Vorsitzende die Versammlung auf.

Erklärung

Aufgenommen in Luxemburg am Sitz der Gesellschaft, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, alle dem Notar nach Namen, gebräuchlichen Vornamen, sowie Stand und Wohnort bekannt, haben dieselben mit dem Notar gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Signés: C. HOFFRANZEN, E. HORNIG, M. HIRTH, K REUTER

Enregistré à Esch/Alzette Actes Civils, le 30 octobre 2012. relation: EAC/2012/14342. Reçu: douze euros 12.

Le Receveur (signé): M. HALSDORF.

POUR EXPEDITION CONFORME.

PETANGE, LE 31 octobre 2012.

Référence de publication: 2012142132/61.

(120188270) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 31 octobre 2012.

JSH S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 35, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 169.847.

Am 2. November 2012

GEMEINSAMER VERSCHMELZUNGSPLAN

ZWISCHEN:

1. J. Safra Holding AG, eine schweizerische Aktiengesellschaft mit Sitz an der Wallstraße 1, CH-4051 Basel, Schweiz, eingeschrieben im Handelsregister des Kantons Basel-Stadt unter der Firmennummer CH-020.3.022.632-4 (nachfolgend die "Aufnehmende Gesellschaft"),

UND

2. JSH S.A., eine société anonyme luxemburgischen Rechts, mit Sitz in 35, Boulevard Prince Henri, L-1724 Luxembourg, Großherzogtum Luxemburg, eingetragen beim Luxemburger Handels- und Firmenregister unter der Nummer B 169.847 (nachfolgend die "Absorbierte Gesellschaft", zusammen mit der Aufnehmenden Gesellschaft nachfolgend die "Verschmelzenden Gesellschaften") und gegründet gemäß notarieller Urkunde von Maître Martine Schaeffer, Notar mit Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, in Vertretung von Maître Joëlle Baden, Notar mit Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, vom 21. Juni 2012, veröffentlicht im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, Nummer 1915 am 1. August 2012, deren Satzung zuletzt durch notarielle Urkunde von Maître Joëlle Baden, vom 9. Oktober 2012 abgeändert, welche noch nicht im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations veröffentlicht wurde.

Präambel

Es ist beabsichtigt, die JSH S.A. als Absorbierte Gesellschaft unter Auflösung ohne Abwicklung auf die J. Safra Holding AG als Aufnehmende Gesellschaft durch das Verfahren einer vereinfachten grenzüberschreitenden Verschmelzung zu verschmelzen. Die Verschmelzung soll im Wege der Aufnahme durch Übertragung des gesamten Aktiv- und Passivvermögens der JSH S.A. als Ganzes auf die J. Safra Holding AG erfolgen.

Die grenzüberschreitende Verschmelzung erfolgt auf Grundlage (namentlich) der Sektion XIV (Verschmelzungen) des luxemburgischen Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften in seiner geltenden Fassung (das „Gesetz über Handelsgesellschaften“), und im Sinne von Art. 3 Abs. 1 lit. a und Art. 23 Abs. 1 lit. a i.V.m. Art. 24 Abs. 1 des schweizerischen Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (nachfolgend "FusG") (erleichterte Schwestern-Fusion) ohne Kapitalerhöhung.

Bei beiden Gesellschaften handelt es sich um verschmelzungsfähige Gesellschaften im Sinne von Art. 257 des Gesetzes über Handelsgesellschaften und Art. 4 Abs. 1 lit. A FusG und Art. 163a des schweizerischen Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht.

1. Die Verschmelzenden Gesellschaften.

1.1 Rechtsform, Firma und Sitz der Verschmelzenden Gesellschaften

J. Safra Holding AG. Die übernehmende J. Safra Holding AG ist eine schweizerische Aktiengesellschaft mit Sitz an der Wallstraße 1, CH-4051 Basel, eingeschrieben im Handelsregister des Kantons Basel-Stadt unter der Firmennummer CH-020.3.022.632-4.

JSH S.A. Die absorbierte JSH S.A. ist eine société anonyme luxemburgischen Rechts, mit Sitz in 35, Boulevard Prince Henri, L-1724 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, eingetragen beim Luxemburger Handels- und Firmenregister unter der Nummer B 169.847.

1.2 Die Aufnehmende Gesellschaft nach der Verschmelzung

Nach der Verschmelzung wird die Aufnehmende Gesellschaft unter dem Namen „J. Safra Holding AG“ als schweizerische Aktiengesellschaft mit Sitz an der Wallstraße 1, CH-4051 Basel, eingeschrieben im Handelsregister des Kantons Basel-Stadt unter der Firmennummer CH-020.3.022.632-4, fortgeführt.

Durch die Verschmelzung wird das Stammkapital der Aufnehmenden Gesellschaft nicht verändert.

Infolge der Verschmelzung gehen die Aktien, welche von der Aufnehmenden Gesellschaft an der Absorbierten Gesellschaft gehalten werden, unter.

2. Stichtag der Bilanzen und Verschmelzungstichtag. Dem Verschmelzungsplan wird die Zwischenbilanz der Absorbierten Gesellschaft zum 31. Oktober 2012 als Schlussbilanz zugrunde gelegt, gemäß den Artikeln 261 (4) e) und 267 (1) c) des Gesetzes über Handelsgesellschaften.

Die Übertragung des Vermögens der Absorbierten Gesellschaft erfolgt im Innenverhältnis mit Wirkung zum Ablauf des 31. Oktober 2012, 24:00. Aus buchhalterischer Sicht gelten alle Geschäfte der Absorbierten Gesellschaft ab dem 1. November 2012, 0:00 Uhr, als für die Aufnehmende Gesellschaft getätigt, gemäß Artikel 261 (2) e) des Gesetzes über Handelsgesellschaften. Von diesem Zeitpunkt an gelten die Geschäfte der Absorbierten Gesellschaft als für Rechnung der Aufnehmenden Gesellschaft vorgenommen („Verschmelzungstichtag“).

Da eine Gewährung von Aktien nicht erfolgt und deshalb kein Umtauschverhältnis der Aktien zu bestimmen ist, wurde auch keine Bilanz der Aufnehmenden Gesellschaft zur Festlegung der Bedingungen der Verschmelzung verwendet. Der letzte revidierte Bilanzstichtag der Aufnehmenden Gesellschaft war der 31. Dezember 2011.

3. Keine Gewährung einer Gegenleistung, von Sonderrechten und besonderen Vorteilen. Das Stammkapital der Aufnehmenden Gesellschaft wird zur Durchführung der Verschmelzung nicht erhöht, und für die Übertragung des Vermögens der Absorbierten Gesellschaft werden keine Aktien an der Aufnehmenden Gesellschaft gewährt, da die Aufnehmende Gesellschaft alleinige Aktionärin der Absorbierten Gesellschaft ist.

Angaben über einen Umtausch von Aktien, gemäß Artikel 278 des Gesetzes über Handelsgesellschaften, entfallen folglich.

Die Aufnehmende Gesellschaft gewährt keinem Aktionär Sonderrechte im Sinne von Artikel 261 (2) f) des Gesetzes über Handelsgesellschaften, weshalb dementsprechende Angaben entfallen. Andere Wertpapiere als Aktien sind weder bei der Absorbierten Gesellschaft noch bei der Aufnehmenden Gesellschaft ausgegeben.

Es werden keine besonderen Vorteile an die in Artikel 261 (2) g) des Gesetzes über Handelsgesellschaften genannten Personen, nämlich Sachverständige, die den Verschmelzungsplan prüfen, Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs-, Aufsichts- oder Kontrollorgane der Absorbierten oder der Aufnehmenden Gesellschaft, gewährt.

4. Satzung der Aufnehmenden Gesellschaft. Die gültige Satzung der Aufnehmenden Gesellschaft ist diesem Vertrag als Anlage 1 beigefügt, gemäß Artikel 261 (4) a) des Gesetzes über Handelsgesellschaften.

5. Voraussichtliche Auswirkungen der Verschmelzung auf die Beschäftigung (Arbeitnehmer und ihre Vertretungen), Verfahren zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Die Information der Arbeitnehmer der Aufnehmenden Gesellschaft soll gemäß Art. 28 Abs. 1 FusG in Verbindung mit Art. 333a des schweizerischen Obligationenrechtsbuch erfolgen. Die Verschmelzung hat keine Auswirkungen auf bestehende Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer der Aufnehmenden Gesellschaft.

Die Absorbierte Gesellschaft hat keine Arbeitnehmer und keinen Betriebsrat und somit entfällt jegliche Informationspflicht für die Absorbierte Gesellschaft, gemäß Artikel 261 (4) b) und c) des Gesetzes über Handelsgesellschaften.

6. Bewertung des Vermögens der Absorbierten Gesellschaft. Das Vermögen der Absorbierten Gesellschaft, das durch die grenzüberschreitende Verschmelzung auf die Aufnehmende Gesellschaft übergeht, wird für handelsbilanzielle Zwecke zu den in der Zwischenbilanz der Absorbierten Gesellschaft zum 31. Oktober 2012.

Sowohl für schweizerische als auch für luxemburgische steuerliche Zwecke werden die in der steuerlichen Schlussbilanz der Absorbierten Gesellschaft angesetzten Buchwerte von der Aufnehmenden Gesellschaft fortgeführt.

Dieser Verschmelzungsplan wurde auf Anfrage der Verschmelzenden Gesellschaften auf Deutsch geschrieben, gefolgt von einer englischen Übersetzung. Auf Anfrage derselben Verschmelzenden Gesellschaften und im Falle von Abweichungen zwischen dem deutschen und englischen Text soll die englische Fassung vorrangig sein.

Follows the English translation of the common merger plan:

On 2 November 2012

COMMON MERGER PLAN

BETWEEN

1. J. Safra Holding AG, a Swiss Aktiengesellschaft having its registered office at Wallstraße 1, CH-4051 Basel, Switzerland, registered with the Commercial Register of the Canton of Basel-City under registration number CH-020.3.022.632-4 (hereinafter the "Absorbing Company"),

AND

2. JSH S.A., a société anonyme existing under Luxembourg law, having its registered office at 35, Boulevard Prince Henri, L-1724 Luxembourg, Grand-Duchy of Luxembourg, registered with the Luxembourg Trade and Companies' Register under number B 169.847 (hereinafter the "Absorbed Company", and together with the Absorbing Company hereinafter the "Merging Companies") and incorporated by notarial deed recorded by Maître Martine Schaeffer, notary, residing in Luxembourg, Grand-Duchy of Luxembourg, in replacement of Maître Joëlle Baden, notary, residing in Luxembourg, Grand-Duchy of Luxembourg, on 21 June 2012, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, number 1915 on 1 August 2012, whose articles of association have been amended for the last time by notarial deed of Maître Joëlle Baden, on 9 October 2012, which has not yet been published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations yet.

Preamble

It is contemplated that JSH S.A. merges as Absorbed Company (transferring company) by dissolution without liquidation under the simplified cross border merger procedure with J. Safra Holding AG as Absorbing Company (receiving company). The merger shall be realised through absorption by the transfer of all the assets and liabilities of JSH S.A. to J. Safra Holding AG.

The cross border merger shall occur based (namely) on Section XIV (Mergers) of the Luxembourg law dated 10 August 1915 on commercial companies, as amended (the "Law on Commercial Companies"), and in accordance with Art. 3 para. 1 lit. a, Art. 23 para. 1 lit. a in relation with Art. 24 para. 1 of the Swiss Federal Merger Act (hereafter the "Swiss Merger Act") (simplified merger among group companies) without capital increase.

Both companies may be validly merged in accordance with art. 257 of the Law on Commercial Companies and art.4 para. 1 lit. a of the Swiss Merger Act and art. 163a of the Swiss Federal Act on Private International Law.

1. The Merging Companies.

1.1 Form, corporate denomination and registered office of the Merging Companies

J. Safra Holding AG. The Absorbing Company, J. Safra Holding AG, is a Swiss Aktiengesellschaft having its registered office at Wallstraße 1, CH-4051 Basel, Switzerland, registered with the Commercial Register of the Canton of Basel-City under registration number CH-020.3.022.632-4.

JSH S.A. The Absorbed Company, JSH S.A., is a société anonyme existing under Luxembourg law, having its registered office at 35, Boulevard Prince Henri, L-1724 Luxembourg, Grand-Duchy of Luxembourg, registered with the Luxembourg Trade and Companies' Register under number B 169.847.

1.2 The Absorbing Company after the merger

After the merger, the Absorbing Company shall be continued under the name "J. Safra Holding AG" as Swiss Aktiengesellschaft having its registered office at Wallstraße 1, CH-4051 Basel, Switzerland, registered with the Commercial Register of the Canton of Basel-City under registration number CH-020.3.022.632-4.

The share capital of the Absorbing Company shall not be amended through the merger.

As a consequence of the merger, the shares held by the Absorbing Company in the Absorbed Company will be cancelled.

2. Reference date of the financial statements and effective date of the merger. The merger plan shall be based on interim financial statements as of 31 October 2012 of the Absorbed Company as closing balance sheet, in accordance with Articles 261 (4) e) and 267 (1) c) of the Law on Commercial Companies.

The transfer of all the assets and liabilities of the Absorbed Company will occur effectively at 31 October 2012, 24:00 p.m. From an accounting point of view, all the activities of the Absorbed Company shall be deemed as carried out by the Absorbing Company as from 1 November 2012, 0:00 a.m., in accordance with Article 261 (2) e) of the Law on Commercial Companies. As of this moment, the activities of the Absorbed Company shall be deemed to be carried out on behalf of the Absorbing Company (the "Effective Date of the Merger").

As no shares are issued and no exchange ratio of the shares needs to be fixed, the Absorbing Company did not establish interim accounts in order to determine the conditions of the merger. The latest audited balance sheet of the Absorbing Company is dated 31 December 2011.

3. No granting of any consideration, any special rights and any special advantages. The share capital of the Absorbing Company will not be increased by the implementation of the merger, and no shares will be issued by the Absorbing

Company as consideration for the transfer of all the Absorbed Company's assets and liabilities, as the Absorbing Company is the sole shareholder of the Absorbed Company.

Details on the exchange ratio will thus not be required, according to Article 278 of the Law on Commercial Companies.

The Absorbing Company does not grant any special rights to any shareholder so that the corresponding details related thereto, as foreseen under Article 261 (2) f) of the Law on Commercial Companies, can be omitted. Neither the Absorbing Company nor the Absorbed Company have issued other securities than shares.

No special advantages will be granted to the persons set forth under Article 261 (2) g) of the Law on Commercial Companies, namely independent experts, members of the administrative, management, supervisory or control bodies of the Absorbed Company or the Absorbing Company.

4. Articles of association of the Absorbing Company. The current version of the articles of association of the Absorbing Company is attached to the present agreement as Schedule 1, in accordance with Article 261 (4) of the Law on Commercial Companies.

5. Likely repercussions of the merger on employment (employees and their representatives), procedure on the involvement of employees. The employees of the Absorbing Company shall be informed in accordance with Art. 28 para. 1 of the Swiss Merger Act and Article 333a of the Swiss Code of Obligations. The merger shall have no consequences on the employment contracts of the employees of the Absorbing Company.

The Absorbed Company has no employee and no employee representative, so that the information duties foreseen under Article 261 (4) b) and c) of the Law on Commercial Companies, can be omitted.

6. Evaluation of the assets and liabilities of the Absorbed Company. All the assets and liabilities of the Absorbed Company, which will be transferred through the cross border merger to the Absorbing Company, shall, for financial purposes, be transferred to the Absorbing Company at the assessed book value as stated in the interim accounts of the Absorbed Company as at 31 October 2012.

The assessed book values of the fiscal balance of the Absorbed Company shall, for both Swiss and Luxembourg tax reasons, be continued by the Absorbing Company.

On request of the Merging Companies, the present merger plan is worded in German followed by an English translation. On request of the same Merging Companies and in case of divergences between the German and the English text, the English version will be prevailing.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signed in Basel, on 2 November 2012.

J. Safra Holding AG
 Represented by Marceio Szerman / Stephane Astruc
 CEO / Member of General Management
 JSH S.A.
 Represented by Mathieu Beaumont / ...

By virtue of a power of attorney granted by JSH S.A. on 31 October 2012.

Schedule 1: Articles of association of the Absorbing Company

STATUTEN DER J. SAFRA HOLDING AG

Titel 1. Firma, Sitz, Dauer, Zweck

Art. 1. Firma, Sitz, Dauer. Unter der Firma

J. Safra Holding AG
 J. Safra Holding SA
 J. Safra Holding Ltd.

besteht eine Aktiengesellschaft (die Gesellschaft) von unbeschränkter Dauer mit Sitz in Basel gemäss den vorliegenden Statuten (die Statuten) und den Bestimmungen von Art. 620 ff. des Schweizerischen Obligationenrechts (OR).

Art. 2. Zweck.

1) Zweck der Gesellschaft ist das Halten von Beteiligungen im In- und Ausland in Gesellschaften tätig im Finanz- und Bankenbereich.

2) Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften errichten, sich mit anderen Unternehmen zusammenschliessen und Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, direkt oder indirekt finanzieren.

3) Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Grundstücke erwerben, halten, belasten und veräussern soweit gesetzlich zulässig.

Titel 2. Aktienkapital, Aktien, Aktionäre

Art. 3. Aktienkapital.

- 1) Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt CHF 848'245'000 und ist vollständig liberiert.
- 2) Es ist eingeteilt in 848'245 Namenaktien Nr. 1 bis 848'245 im Nennwert von je CHF 1'000.

Art. 3a. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen der Kapitalerhöhung vom 6. Dezember 2010 gemäss Sacheinlagevertrag vom 6. Dezember 2010 von der Sacheinlegerin J. Safra Holdings International (Luxembourg) SA, mit Sitz in Luxembourg (LU), 14'100 Aktien ohne Nennwert der Banque Safra-Luxembourg SA, mit Sitz in Luxembourg (LU), zu einem Preis und im Wert von CHF 239'116'086, wofür der Sacheinlegerin 71742 Namenaktien im Nennwert von je CHF 1'000 zukommen und CHF 167'374'086 als Agio den Reserven gutgeschrieben werden.

Art. 3b. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen der Kapitalerhöhung vom 6. Dezember 2010 gemäss Sacheinlagevertrag vom 6. Dezember 2010 von der Sacheinlegerin J. Safra Holdings International (Luxembourg) SA, mit Sitz in Luxembourg (LU), 26'000 Namenaktien im Nennwert von je USD 1 der SIBTL Holding Ltd., mit Sitz in Nassau (BS), zu einem Preis und Wert von CHF 226'160'715, wofür der Sacheinlegerin 67'855 Namenaktien im Nennwert von je CHF 1'000 zukommen und CHF 158'305'715 als Agio den Reserven gutgeschrieben werden.

Art. 3c. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen der Kapitalerhöhung vom 31. Juli 2012 gemäss Sacheinlagevertrag vom 31. Juli 2012 von der Sacheinlegerin J. Safra Holdings International (Luxembourg) SA, mit Sitz in Luxembourg (LU)

(i) 4'000 Namenaktien im Nennwert von je CHF 1'000 der Eichbaum Holding AG, mit Sitz in Basel, zu einem Preis und Wert von CHF 309'831'410, wofür der Sacheinlegerin 92'949 Namenaktien im Nennwert von je CHF 1'000 zukommen und CHF 216'882'410 als Agio den Reserven gutgeschrieben werden; und

(ii) 20'216'929 Namenaktien im Nennwert von je CHF 0.35 (Aktien Kategorie B) der Bank Sarasin & Cie AG, mit Sitz in Basel, zu einem Preis und Wert von CHF 545'857'083, wofür der Sacheinlegerin 163757 Namenaktien im Nennwert von je CHF 1'000 zukommen und CHF 382'100'083 als Agio den Reserven gutgeschrieben werden.

Art. 3d. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen der Kapitalerhöhung vom 19. Oktober 2012 gemäss Sacheinlagevertrag vom 19. Oktober 2012 von der Sacheinlegerin J. Safra Holdings International (Luxembourg) SA, mit Sitz in Luxembourg (LU), 42'385 Namenaktien im Nennwert von je CHF 1 der JSH S.A., mit Sitz in Luxembourg (LU), zu einem Preis und Wert von CHF 1'173'141'975.84, wofür der Sacheinlegerin 351'942 Namenaktien im Nennwert von je CHF 1'000 zukommen und CHF 821'199'975.84 als Agio den Reserven gutgeschrieben werden.

Art. 4. Aktien.

1) Die Gesellschaft kann an Stelle von einzelnen Aktien Zertifikate über eine Mehrzahl von Aktien ausgeben. Zertifikate können jederzeit kostenlos gegen kleinere Zertifikate oder die entsprechende Anzahl Aktien umgetauscht werden.

2) Aktien bzw. Zertifikate tragen die Unterschrift von zwei Mitgliedern des Verwaltungsrats. Diese Unterschriften können Faksimileunterschriften sein.

3) Die Aktien sind der Gesellschaft gegenüber unteilbar. Die Gesellschaft anerkennt nur einen Vertreter für jede Aktie.

Art. 5 Aktionäre. 1) Im Verhältnis zur Gesellschaft gilt als Aktionär oder Nutzniesser von Namenaktien, wer im Aktienbuch eingetragen ist, und kann die Mitgliedschaftsrechte aus Namenaktien ausüben, wer durch den Eintrag im Aktienbuch ausgewiesen ist.

2) Das Eigentum oder die Nutzniessung an einer Aktie und jede Ausübung von Aktionärsrechten schliesst die Anerkennung der Statuten in der jeweils gültigen Fassung in sich.

Art. 6. Aktienbuch.

1) Die Gesellschaft führt über die Namenaktien ein Aktienbuch, in welches die Eigentümer und Nutzniesser mit Namen und Adresse eingetragen werden.

2) Die Eintragung in das Aktienbuch setzt einen Ausweis über den Erwerb der Namenaktie zu Eigentum oder die Begründung einer Nutzniessung voraus.

3) Die Gesellschaft muss die Eintragung auf dem Aktientitel bzw. auf dem Zertifikat bescheinigen.

4) Vom Datum der Einberufung einer Generalversammlung bis zu dem auf die Generalversammlung folgenden Tag erfolgen keine Eintragungen im Aktienbuch.

5) Die Gesellschaft kann nach Anhörung des Betroffenen Eintragungen im Aktienbuch streichen, wenn diese durch falsche Angaben zustande gekommen sind. Der Erwerber muss über die Streichung sofort informiert werden.

6) Wechselt ein Aktionär seine Wohnadresse, so hat er der Gesellschaft die neue Adresse bekannt zu geben. Bis zu dieser Bekanntgabe erfolgen alle brieflichen Mitteilungen der Gesellschaft rechtsgültig an die im Aktienbuch eingetragene Adresse.

Art. 7. Übertragung von Aktien. Die Übertragung von Namenaktien durch Rechtsgeschäft erfolgt durch schriftliche Abtretungserklärung im Sinne von Art. 164 ff. OR oder, falls Aktientitel oder Zertifikate ausgestellt sind, durch Übergabe des indossierten Aktientitels bzw. Zertifikats an den Erwerber.

Titel 3. Organisation

Art. 8 Organe. Die Organe der Gesellschaft sind:

- die Generalversammlung;
- der Verwaltungsrat;
- die Revisionsstelle.

Ziffer 3.1. Generalversammlung

Art. 9. Befugnisse.

- 1) Die Generalversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft.
- 2) Der Generalversammlung stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:
 - a) die Festsetzung und Änderung der Statuten;
 - b) die Wahl und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrats;
 - c) die Wahl und Abberufung der Revisionsstelle und des Konzernrechnungsprüfers;
 - d) die Genehmigung des Jahresberichts und der Konzernrechnung, soweit das Gesetz eine solche verlangt;
 - e) die Genehmigung der Jahresrechnung nach Entgegennahme des Berichts der Revisionsstelle;
 - f) die Beschlussfassung über die Behandlung des Bilanzergebnisses, insbesondere die Festsetzung der Dividende und der Tantieme;
 - g) die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsführung;
 - h) die Beschlussfassung über die Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind.

Art. 10. Generalversammlungen, Einberufung, Traktandierung.

- 1) Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb 6 Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt. Außerordentliche Generalversammlungen werden je nach Bedürfnis einberufen.
- 2) Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle einberufen.
- 3) Die Einberufung einer Generalversammlung kann auch von einem Aktionär oder mehreren Aktionären, der/die zusammen mindestens 10% des Aktienkapitals vertritt/vertreten, verlangt werden. Aktionäre, die zusammen mindestens 10% des Aktienkapitals vertreten, können die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstands verlangen.
- 4) Das Begehren um Einberufung einer Generalversammlung hat beim Verwaltungsrat schriftlich zu erfolgen. Wird ein solches Begehren gestellt, hat die Einladung zur Generalversammlung innert 4 Wochen zu erfolgen. Das Begehren um Traktandierung eines Verhandlungsgegenstands samt Anträgen ist dem Verwaltungsrat schriftlich innert einer von der Gesellschaft publizierten Frist zu unterbreiten.
- 5) Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind berechtigt, an der Generalversammlung teilzunehmen. Sie können Anträge stellen.

Art. 11. Form.

- 1) Die Generalversammlung ist spätestens 20 Tage vor dem Versammlungstag in der Form gemäss Art. 33 der Statuten einzuberufen. In der Einberufung sind Tag, Zeit und Ort der Generalversammlung und die Verhandlungsgegenstände (Traktandenliste) sowie die Anträge des Verwaltungsrats und der Aktionäre, welche die Durchführung einer Generalversammlung oder die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstands verlangt haben, bekanntzugeben.
- 2) Spätestens 20 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung sind der Geschäftsbericht und der Revisionsbericht den Aktionären am Gesellschaftssitz zur Einsicht aufzulegen. Jeder Aktionär kann verlangen, dass ihm unverzüglich eine Ausfertigung dieser Unterlagen zugestellt wird. Die Namenaktionäre sind hierüber in der Einladung zur ordentlichen Generalversammlung zu unterrichten.
- 3) Über Anträge zu nicht gehörig angekündigten Verhandlungsgegenständen können keine Beschlüsse gefasst werden; ausgenommen sind Anträge auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung oder auf Durchführung einer Sonderprüfung. Zur Stellung von Anträgen im Rahmen der Verhandlungsgegenstände und zu Verhandlungen ohne Beschlussfassung bedarf es keiner vorgängigen Ankündigung.
- 4) Die Generalversammlung darf die Jahresrechnung nur abnehmen und über die Behandlung des Bilanzergebnisses beschließen, wenn ein Revisionsbericht vorliegt und ein Revisor anwesend ist. Auf die Anwesenheit eines Revisors kann die Generalversammlung durch einstimmigen Beschluss verzichten.

Art. 12. Universalversammlung. Die Eigentümer oder Vertreter sämtlicher Aktien können, falls kein Widerspruch erhoben wird, eine Generalversammlung ohne Einhaltung der für die Einberufung vorgeschriebenen Formvorschriften abhalten. In dieser Versammlung kann über alle in den Geschäftskreis der Generalversammlung fallenden Gegenstände gültig verhandelt und Beschluss gefasst werden, falls und solange die Eigentümer oder Vertreter sämtlicher Aktien anwesend sind.

Art. 13. Vorsitz, Protokollführer, Stimmzähler.

1) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Präsident des Verwaltungsrats und bei dessen Verhinderung der allfällige Vizepräsident oder ein anderes vom Verwaltungsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied und bei Verhinderung aller Genannten ein von der Generalversammlung zu wählender Tagesvorsitzender.

2) Der Vorsitzende der Generalversammlung bezeichnet den Protokollführer und die Stimmzähler, welche nicht Aktionäre zu sein brauchen.

Art. 14. Stimmrecht, Vertretung.

1) Jede Aktie berechtigt zu einer Stimme.

2) Aktionäre können ihre Aktien in der Generalversammlung selbst vertreten oder durch einen Dritten, der nicht Aktionär zu sein braucht, vertreten lassen.

3) Vertreter haben eine schriftliche Vollmacht des Vertretenen vorzulegen und müssen die Weisungen des Vertretenen befolgen.

Art. 15 Beschlussfähigkeit. Die Generalversammlung ist beschlussfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Aktionäre und vertretenen Aktienstimmen.

Art. 16. Beschlussfassung.

1) Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen, unter Ausschluss der leeren und ungültigen Stimmen, soweit das Gesetz oder die Statuten nichts anderes bestimmen.

2) Für die folgenden Geschäfte ist ein Beschluss der Generalversammlung, der mindestens zwei Drittel der vertretenen Aktienstimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte auf sich vereinigt, erforderlich:

- a) die Änderung des Gesellschaftszwecks;
- b) die Einführung von Stimmrechtsaktien;
- c) die Beschränkung der Übertragbarkeit von Namenaktien;
- d) eine genehmigte oder eine bedingte Kapitalerhöhung;
- e) die Kapitalerhöhung aus Eigenkapital, gegen Sacheinlage oder zwecks Sachübernahme und die Gewährung von besonderen Vorteilen;
- f) die Einschränkung oder Aufhebung des Bezugsrechts;
- g) die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft;
- h) die Auflösung der Gesellschaft.

3) Bei Stimmgleichheit gilt ein Beschluss als nicht zustande gekommen und entscheidet bei Wahlen das Los.

4) Abstimmungen und Wahlen erfolgen offen, sofern nicht der Vorsitzende der Generalversammlung die geheime Stimmabgabe anordnet oder die Generalversammlung diese beschliesst.

Art. 17. Protokoll.

1) Der Verwaltungsrat sorgt für die Führung eines Protokolls. Dieses hält fest: Anzahl, Art und Nennwert der Aktien, die von Aktionären, von Organen, von unabhängigen Stimmrechtsvertretern und von Depotvertreten vertreten werden; die Beschlüsse und die Wahlergebnisse; die Begehren um Auskunft und die darauf erteilten Antworten; die von den Aktionären zu Protokoll gegebenen Erklärungen.

2) Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterzeichnen.

Ziffer 3.2. Verwaltungsrat**Art. 18. Zusammensetzung.**

1) Der Verwaltungsrat der Gesellschaft besteht aus mindestens drei Mitgliedern, gewählt durch die Generalversammlung.

2) Der Präsident oder der Vizepräsident des Verwaltungsrats muss seinen Wohnsitz in der Schweiz haben.

Art. 19. Amtsdauer.

1) Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt, wobei die Zeit von einer ordentlichen Generalversammlung bis zum Schluss der nächstfolgenden als ein Jahr gilt. Die während einer Amtsperiode neu gewählten Mitglieder sind für den Rest der laufenden Amtsdauer gewählt.

2) Wiederwahl ist zulässig.

Art. 20. Aufgaben.

1) Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

- a) die Oberleitung der Gesellschaft und die Erteilung der nötigen Weisungen;
- b) die Festlegung der Organisation der Gesellschaft;
- c) die Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung der Gesellschaft;

- d) die Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung der Gesellschaft): betrauten Personen;
- e) die Ernennung und Abberufung der mit der Vertretung der Gesellschaft betrauten Personen;
- f) die Ernennung von Bevollmächtigten der Gesellschaft;
- g) die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;
- h) die Erstellung des Geschäftsberichts (Jahresbericht, Jahresrechnung und gegebenenfalls Konzernrechnung);
- i) die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse;
- j) die Benachrichtigung des Richters im Falle der Überschuldung;
- k) die Beschlussfassung zur Feststellung von Kapitalerhöhungen und über daraus folgende Statutenänderungen (Art. 651 Abs. 4, 651a, 652g und 653g OR).

2) Zusätzlich hat der Verwaltungsrat insbesondere folgende übertragbare Aufgaben:

- a) die Führung des Aktienbuchs;
- b) die Beschlussfassung über Errichtung von Zweigniederlassungen, Gründung von Tochtergesellschaften und Übernahme und Veräusserung von Beteiligungen an anderen Gesellschaften;
- c) die Beschlussfassung über Erwerb, Belastung und Veräusserung von Grundeigentum;
- d) die Beschlussfassung über Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Eingehen von Bürgschaften, Garantien, Patronatserklärungen und Pfandverträgen sowie Eingehen von Wechselverbindlichkeiten;
- e) die Beschlussfassung über Anhebung und Abstand von Prozessen und Abschluss von Vergleichen.

3) Der Verwaltungsrat kann in allen Angelegenheiten Beschluss fassen, die nicht nach Gesetz, Statuten oder Reglement der Generalversammlung oder einem anderen Organ zugeteilt sind.

4) Der Verwaltungsrat kann die Vorbereitung und die Ausführung seiner Beschlüsse oder die Überwachung von Geschäften Ausschüssen oder einzelnen Mitgliedern zuweisen. Er hat für eine angemessene Berichterstattung an seine Mitglieder zu sorgen.

Art. 21. Geschäftsführung.

1) Der Verwaltungsrat überträgt die täglichen Geschäfte der Gesellschaft an eine Geschäftsführung, gemäss einem von ihm zu erlassenden Organisationsreglement.

2) Das Organisationsreglement ordnet die Geschäftsführung, bestimmt die hierfür erforderlichen Stellen, umschreibt deren Aufgaben und regelt insbesondere die Berichterstattung.

Art. 22. Konstituierung.

1) Der Verwaltungsrat konstituiert sich selbst. Er wählt aus seiner Mitte den Präsidenten und allenfalls einen Vizepräsidenten, deren Amtsdauer mit der Amtsdauer als Mitglied des Verwaltungsrats zusammenfällt.

2) Der Verwaltungsrat wählt einen Sekretär, der nicht Mitglied des Verwaltungsrats sein muss.

Art. 23. Sitzungen, Einberufung, Traktandierung.

1) Der Verwaltungsrat tritt zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern aber mindestens vier Mal pro Jahr und wenn ein Mitglied des Verwaltungsrats unter Angabe der Gründe vom Präsidenten die Einberufung einer Sitzung verlangt.

2) Der Verwaltungsrat wird durch den Präsidenten und bei dessen Verhinderung durch den allfälligen Vizepräsidenten einberufen.

3) Die Einberufung des Verwaltungsrats hat mindestens 5 Tage vor dem Sitzungstag in schriftlicher Form zu erfolgen. In dringenden Fällen muss diese Frist nicht eingehalten werden. In der Einberufung sind Tag, Zeit und Ort der Sitzung und die Verhandlungsgegenstände (Traktandenliste) bekanntzugeben.

4) Über Verhandlungsgegenstände, die in der Traktandenliste nicht angekündigt worden sind, können Beschlüsse nur gefasst werden, falls und solange sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats anwesend sind.

Art. 24. Vorsitz, Protokollführer.

1) Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt der Präsident und bei dessen Verhinderung der allfällige Vizepräsident oder ein anderes vom Verwaltungsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied.

2) Als Protokollführer amtiert der Sekretär des Verwaltungsrats und bei dessen Verhinderung ein vom Vorsitzenden bezeichneter Protokollführer, der nicht Mitglied des Verwaltungsrats sein muss.

Art. 25. Beschlussfähigkeit.

1) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrats anwesend ist.

2) Kein Präsenzquorum muss eingehalten werden, wenn ausschliesslich die erfolgte Durchführung einer Kapitalerhöhung festzustellen und die daraus folgende Statutenänderung zu beschliessen ist.

Art. 26. Beschlussfassung.

1) Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse und vollzieht seine Wahlen mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit hat der Vorsitzende Stichentscheid.

2) Auf Anordnung des Präsidenten und bei dessen Verhinderung des allfälligen Vizepräsidenten kann eine Sitzung des Verwaltungsrats in der Form einer Telefon- oder Videokonferenz abgehalten werden, falls und solange sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats an dieser Konferenz teilnehmen, sofern nicht ein Mitglied des Verwaltungsrats die Beratung in einer Sitzung verlangt.

3) Auf Anordnung des Präsidenten und bei dessen Verhinderung des allfälligen Vizepräsidenten können Beschlüsse des Verwaltungsrats in der Form eines Zirkularbeschlusses per Briefpost, E-mail, oder Telefax gefasst werden, sofern nicht ein Mitglied des Verwaltungsrats innert drei Tagen seit Erhalt des entsprechenden Antrags die Beratung in einer Sitzung verlangt.

4) Zirkularbeschlüsse werden mit Einstimmigkeit aller Mitglieder des Verwaltungsrats gefasst.

Art. 27. Protokoll.

1) Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrats ist ein Protokoll zu führen, das vom Vorsitzenden und vom Sekretär bzw. vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Zirkularbeschlüsse sind in das nächste Protokoll des Verwaltungsrats aufzunehmen.

2) Die Protokolle sind vom Verwaltungsrat jeweils in der nächsten Sitzung zu genehmigen.

Ziffer 3.3. Revisionsstelle

Art. 28. Wahl.

1) Die ordentliche Generalversammlung wählt einen Revisor oder mehrere Revisoren als Revisionsstelle.

2) Die Revisoren müssen im Sinne von Art. 727b OR befähigt sein, ihre Aufgabe bei der Gesellschaft zu erfüllen. Sie müssen die Unabhängigkeitsvoraussetzungen im Sinne von Art. 728 OR erfüllen.

3) Mit der Unabhängigkeit nicht vereinbar ist insbesondere:

a) die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat, eine andere Entscheidfunktion in der Gesellschaft oder ein arbeitsrechtliches Verhältnis zu ihr;

b) eine direkte oder bedeutende indirekte Beteiligung am Aktienkapital oder eine wesentliche Forderung oder Schuld gegenüber der Gesellschaft;

c) eine enge Beziehung des leitenden Prüfers zu einem Mitglied des Verwaltungsrats, zu einer anderen Person mit Entscheidfunktion oder zu einem bedeutenden Aktionär;

d) das Mitwirken bei der Buchführung sowie das Erbringen anderer Dienstleistungen, durch die das Risiko entsteht, als Revisionsstelle eigene Arbeiten überprüfen zu müssen;

e) die Übernahme eines Auftrags, der zur wirtschaftlichen Abhängigkeit führt;

f) der Abschluss eines Vertrags zu nicht marktkonformen Bedingungen oder eines Vertrags, der ein Interesse der Revisionsstelle am Prüfergebnis begründet;

g) die Annahme von wertvollen Geschenken oder von besonderen Vorteilen.

Art. 29. Amtsdauer.

1) Die Revisionsstelle wird für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt, wobei die Zeit von einer ordentlichen Generalversammlung bis zum Schluss der nächstfolgenden als ein Jahr gilt.

2) Wiederwahl ist zulässig.

Art. 30. Aufgaben. Die Gesellschaft unterbreitet ihre Jahresrechnung und gegebenenfalls ihre Konzernrechnung einer ordentlichen Revision durch eine Revisionsstelle. Die Revisionsstelle hat die Aufgaben gemäss Art. 728a ff. OR.

Titel 4. Vertretung

Art. 31. Vertretungsbefugnis.

1) Der Verwaltungsrat bezeichnet die zur Vertretung der Gesellschaft nach aussen befugten Mitglieder des Verwaltungsrats und Dritte (Direktoren, Geschäftsführer, Zeichnungsberechtigte, Prokuristen, Handlungsbevollmächtigte) und bestimmt die Art ihrer Zeichnung. Ausschliesslich die im Handelsregister als zeichnungsberechtigt eingetragenen Mitglieder des Verwaltungsrats, Direktoren, Geschäftsführer, Zeichnungsberechtigte und Prokuristen sowie die vom Verwaltungsrat bezeichneten Handlungsbevollmächtigten sind befugt, die Gesellschaft nach aussen zu vertreten.

2) Mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrates muss zur Vertretung der Gesellschaft befugt sein.

3) Die Gesellschaft muss durch eine Person vertreten werden können, die Wohnsitz in der Schweiz hat. Dieses Erfordernis kann durch ein Mitglied des Verwaltungsrates oder einen Direktor erfüllt werden.

Art. 32. Zeichnung. Die zur Vertretung der Gesellschaft befugten Personen haben in der Weise zu zeichnen, dass sie der Firma der Gesellschaft ihre Unterschrift beifügen. Damit die Unterschrift im Namen einer Gesellschaft verbindlich ist, braucht es in der Regel die Unterschriften zweier unterschreibungsberechtigter Personen.

Titel 5. Bekanntmachungen.

Art. 33: Publikationsorgan, Mitteilungen.

1) Publikationsorgan der Gesellschaft ist das Schweizerische Handelsamtsblatt.

2) Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Publikationsorgan, die Mitteilungen an die Namenaktionäre an ihre letzte im Aktienbuch eingetragene Adresse durch eingeschriebenen Brief oder gegen Empfangsbestätigung oder telegrafisch oder, sofern das Gesetz nicht zwingend etwas anderes bestimmt, durch Veröffentlichung im Publikationsorgan.

Titre 6. Geschäftsbericht, Rechnungslegung

Art. 34. Geschäftsjahr. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember, erstmals am 31. Dezember 2000.

Art. 35. Geschäftsbericht.

1) Der Verwaltungsrat erstellt für jedes Geschäftsjahr einen Geschäftsbericht der sich zusammensetzt aus dem Jahresbericht, der Jahresrechnung und einer Konzernrechnung, soweit das Gesetz eine solche verlangt.

2) Der Jahresbericht stellt den Geschäftsverlauf sowie die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Gesellschaft dar. Er nennt die im Geschäftsjahr eingetretenen Kapitalerhöhungen und gibt die Prüfungsbestätigung wieder.

3) Die Jahresrechnung besteht aus der Erfolgsrechnung, der Bilanz und dem Anhang. Sie ist gemäss den gesetzlichen Bestimmungen der Art. 662a bis 663c, 663e bis 670 und 957 bis 961 OR aufzustellen.

Titre 7. Gewinnverwendung

Art. 36. Verwendung des Gewinns.

1) Der in der Jahresrechnung ausgewiesene Jahresgewinn ist nach den Bestimmungen von Art. 671 ff. OR zu verwenden.

2) 5 Prozent des Jahresgewinns sind der allgemeinen Reserve zuzuweisen, bis diese 20 Prozent des einbezahlten Aktienkapitals erreicht.

3) Der verbleibende Bilanzgewinn steht unter Vorbehalt zwingender gesetzlicher Bestimmungen zur freien Verfügung der Generalversammlung.

Titre 8 Auflösung, Liquidation

Art. 37. Auflösung. Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt gemäss Art. 736 ff. OR. Die Generalversammlung kann jederzeit die Auflösung beschliessen.

Art. 38. Liquidation.

1) Die Liquidation der Gesellschaft erfolgt gemäss Art. 739 ff. OR.

2) Die Befugnisse der Generalversammlung bleiben während der Liquidation mit den Einschränkungen von Art. 739 OR bestehen. Insbesondere bedarf die Liquidationsrechnung der Abnahme durch die Generalversammlung.

3) Die Liquidation wird durch den Verwaltungsrat besorgt, sofern sie nicht durch Beschluss der Generalversammlung anderen Personen übertragen wird. Wenigstens einer der Liquidatoren muss in der Schweiz wohnhaft und zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt sein.

4) Die Liquidatoren sind berechtigt, die Aktiven der Gesellschaft freihändig zu veräußern.

Titre 9. Verschiedenes

Art. 39. Inkrafttreten. Diese Statuten traten am 15. Dezember 1999 in Kraft. Sie wurden ergänzt am 22. Dezember 1999 (Art. 20, 39) und geändert am 6. Juni 2000 (Art 1, 3 39), am 31. Oktober 2000 (Art. 3, 39) und am 6. Juli 2007 (Art. 1 und 39) sowie totalrevidiert am 3. November 2010, und geändert am 6. Dezember 2010 (Art. 3, 3a, 3b) und geändert am 17. Juli 2012 (Art. 1, 4, 13, 16, 18, 21, 26 und 39), und geändert am 31. Juli 2012 (Art. 3 und 3c) und am 19. Oktober 2012 (Art. 3 und 3d).

Zug, revidiert am 19. Oktober 2012.

Pierre-Alain Bracher / Kabita Höllenstein

Der Vorsitzende / Die Protokollführerin und Stimmzählerin

STATUTS
DE J. SAFRA HOLDING AG

Titre 1^{er}. Raison sociale, Siège, Durée, But

Art. 1^{er}. Raison sociale, Siège, Durée. Sous la raison sociale

J. Safra Holding AG

J. Safra Holding SA

J. Safra Holding Ltd.

il existe une société anonyme (la Société) dont la durée est illimitée et le siège à Bâle et qui est régie par les présents statuts (les Statuts) et les dispositions des art. 620 ss du Code suisse des obligations (CO).

Art. 2. But.

- 1) Le but de la Société est la détention de participations en Suisse et à l'étranger dans des sociétés actives dans le domaine financier et bancaire.
- 2) La Société peut établir en Suisse et à l'étranger des succursales et des filiales, fusionner avec d'autres sociétés ainsi que financer directement ou indirectement des sociétés dans lesquelles elle détient des participations.
- 3) La Société peut acquérir, détenir, grever et aliéner des immeubles en Suisse et à l'étranger, dans la mesure admise par la loi.

Titre 2. Capital - Actions, Actions, actionnaires

Art. 3. Capital-actions.

- 1) Le capital-actions de la Société s'élève à CHF 848'245'000 et est intégralement libéré.
- 2) Il est divisé en 848'245 actions nominatives numérotées de 1 à 848'245 de valeur nominale de CHF 1'000. chacune.

Art. 3a. Selon contrat d'apport en nature du 6 décembre 2010, l'augmentation de capital de la Société du 6 décembre 2010 a été effectuée par J. Safra Holdings International (Luxembourg) SA, dont le siège est à Luxembourg (LU), par apport en nature de 14'100 actions sans valeur nominale de Banque Safra-Luxembourg SA, dont le siège est à Luxembourg (LU), au prix et à la valeur de CHF 239'116'086, en échange duquel rapporteur reçoit 71742 actions nominatives de valeur nominale de CHF 1'000 chacune et le surplus, soit CHF 167'374'086 correspond à l'agio.

Art. 3b. Selon contrat d'apport en nature du 6 décembre 2010, l'augmentation de capital de la Société a été du 6 décembre 2010 a été effectuée par J. Safra Holdings International (Luxembourg) SA, dont le siège est à Luxembourg (LU), par apport en nature de 26'000 actions de valeur nominale de USD 1 chacune, de SIBTL Holding Ltd., dont le siège est à Nassau (BS), au prix et à la valeur de CHF 226'160715, en échange duquel l'apporteur reçoit 67'855 actions nominatives de valeur nominale de CHF 1'000 chacune et le surplus, soit CHF 158'305715 correspond à l'agio.

Art. 3c. Selon contrat d'apports en nature du 31 juillet 2012, l'augmentation de capital de la Société du 31 juillet 2012 a été effectuée par J. Safra Holdings International (Luxembourg) SA, dont le siège est à Luxembourg (LU), par apports en nature

(i) de 4'000 actions nominatives de valeur nominale de CHF 1'000 chacune, de Eichbaum Holding AG, dont le siège est à Bâle, au prix et à la valeur de CHF 309'831'410, en échange duquel l'apporteur reçoit 92'949 actions nominatives de valeur nominale de CHF 1'000 chacune et le surplus, soit CHF 216'882'410 correspond à l'agio; et

(ii) de 20'216'929 actions nominatives de type B de valeur nominale de CHF 0.35 chacune, de Bank Sarasin & Cie AG, dont le siège est à Bâle, au prix et à la valeur de CHF 545'857'083, en échange duquel l'apporteur reçoit 163757 actions nominatives de valeur nominale de CHF 1'000 chacune et le surplus, soit CHF 382'100'083 correspond à l'agio.

Art. 3d. Selon contrat d'apports en nature du 19 octobre 2012, l'augmentation de capital de la Société du 19 octobre 2012 a été effectuée par J. Safra Holdings International (Luxembourg) SA dont le siège est à Luxembourg (LU), par apport en nature de 42'385 actions nominatives d'une valeur nominale de CHF 1 chacune, de JSH S.A., dont le siège est à Luxembourg (LU), au prix et à la valeur de CHF 1'173'141'975.84, en échange duquel l'apporteur reçoit 351'942 actions nominatives de valeur nominale de CHF 1'000 chacune et le surplus, soit CHF 821'199'975.84 correspond à l'agio.

Art. 4. Actions.

- 1) La Société peut émettre à la place d'actions individuelles des certificats représentant plusieurs actions. Les certificats peuvent - en tout temps et sans frais - être échangés contre des certificats représentant un nombre inférieur d'actions ou contre le nombre d'actions correspondant.
- 2) Les actions, respectivement les certificats, sont signés par deux membres du conseil d'administration. Ces signatures peuvent être fac-similées.
- 3) Les actions ne peuvent être divisées à l'égard de la Société. La Société ne reconnaît qu'un représentant par action.

Art. 5. Actionnaires.

- 1) Seul celui qui est inscrit au registre des actions est reconnu comme actionnaire ou usufruitier d'actions nominatives à l'égard de la Société. Peut exercer les droits sociaux liés aux actions nominatives, celui qui est identifié par son inscription au registre des actions.
- 2) La propriété ou l'usufruit sur une action et tout exercice des droits d'actionnaires implique la reconnaissance des statuts en vigueur à cet instant.

Art. 6. Registre des actions.

- 1) La Société tient un registre des actions qui mentionne le nom et l'adresse des propriétaires et des usufruitiers d'actions nominatives.
- 2) L'inscription au registre des actions n'a lieu qu'au vu d'une pièce établissant l'acquisition du titre en propriété ou la constitution d'un usufruit.
- 3) La Société est tenue de porter cette mention sur le titre respectivement sur le certificat.

4) Aucune inscription ne peut être portée au registre des actions à compter du jour de la convocation d'une assemblée générale jusqu'au jour suivant l'assemblée générale.

5) La Société peut, après avoir entendu la personne concernée, rayer du registre des actions les inscriptions qui ont été faites sur la base de fausses indications. La personne concernée doit en être immédiatement informée.

6) Lorsqu'un actionnaire change d'adresse, il doit faire connaître sa nouvelle adresse à la Société. Jusqu'à cette notification, toutes les communications de la Société sont valablement faites à l'adresse figurant au registre des actions.

Art. 7. Transfert des actions. Le transfert d'actions par acte juridique a lieu par cession écrite au sens des art. 164 ss CO ou, dans le cas où des titres ou des certificats sont émis, par la remise du titre endossé, respectivement du certificat à l'acquéreur.

Titre 3. Organisation

Art. 8. Organes. Les organes de la Société sont:

- l'assemblée générale;
- le conseil d'administration;
- l'organe de révision.

Chiffre 3.1. Assemblée générale

Art. 9. Compétences.

- 1) L'assemblée générale est l'organe suprême de la Société.
- 2) L'assemblée générale a le droit intransmissible:
 - a) d'adopter et de modifier les statuts;
 - b) de nommer et de révoquer les membres du conseil d'administration;
 - c) de nommer et de révoquer l'organe de révision et le réviseur des comptes de groupe;
 - d) d'approuver le rapport annuel et, pour autant que la loi l'exige, les comptes de groupe;
 - e) d'approuver les comptes annuels après réception du rapport de l'organe de révision;
 - f) de déterminer l'emploi du bénéfice résultant du bilan, en particulier de fixer les dividendes et les tantièmes;
 - g) de donner décharge aux membres du conseil d'administration et de la direction;
 - h) de prendre toutes les décisions qui lui sont réservées par la loi ou les statuts.

Art. 10. Assemblées générales, Convocation, Ordre du jour.

1) L'assemblée générale ordinaire est convoquée chaque année dans les 6 mois qui suivent la clôture de l'exercice. Des assemblées générales extraordinaires sont convoquées aussi souvent qu'il est nécessaire.

2) L'assemblée générale est convoquée par le conseil d'administration et, au besoin, par les réviseurs.

3) Un ou plusieurs actionnaires représentant ensemble 10% au moins du capital-actions peuvent aussi requérir la convocation de l'assemblée générale. Des actionnaires qui représentent ensemble 10% au moins du capital-actions peuvent requérir l'inscription d'un objet à l'ordre du jour.

4) La demande de convocation d'une assemblée générale doit être faite par écrit au conseil d'administration. Lorsqu'une telle requête est faite, la convocation à l'assemblée générale doit se faire dans les 4 semaines. La demande d'inscrire un objet à l'ordre du jour, y compris les propositions y relatives, doit être soumise au conseil d'administration par écrit dans un délai publié par la Société.

5) Les membres du conseil d'administration ont le droit de prendre part à l'assemblée générale. Ils peuvent faire des propositions.

Art. 11. Forme.

1) L'assemblée générale est convoquée au plus tard 20 jours avant la date de la réunion selon le mode établi par l'art. 33 des Statuts. Sont mentionnés dans la convocation le jour, l'heure, le lieu de l'assemblée générale et les objets portés à l'ordre du jour ainsi que les propositions du conseil d'administration et des actionnaires qui ont demandé la convocation de l'assemblée ou l'inscription d'un point à l'ordre du jour.

2) Le rapport de gestion et le rapport de révision sont mis à la disposition des actionnaires au siège de la Société, au plus tard 20 jours avant l'assemblée générale ordinaire. Chaque actionnaire peut exiger qu'un exemplaire de ces documents lui soit délivré dans les meilleurs délais. Les titulaires d'actions nominatives en sont informés dans la convocation à l'assemblée générale.

3) Aucune décision ne peut être prise sur des objets qui n'ont pas été dûment portés à l'ordre du jour, sont exceptées les propositions déposées dans le but de convoquer une assemblée générale extraordinaire ou d'instituer un contrôle spécial. Il n'est pas nécessaire d'annoncer à l'avance les propositions entrant dans le cadre des objets portés à l'ordre du jour ni les délibérations qui ne doivent pas être suivies d'un vote.

4) L'assemblée générale peut approuver les comptes annuels et se prononcer sur l'emploi du bénéfice uniquement lorsqu'un rapport de révision existe et qu'un réviseur est présent. Celle-ci peut renoncer à la présence de l'organe de révision par une décision prise à l'unanimité.

Art. 12. Assemblée universelle. Les propriétaires ou les représentants de la totalité des actions peuvent, s'il n'y a pas d'opposition, tenir une assemblée générale sans observer les formes prévues pour sa convocation. Aussi longtemps qu'ils sont présents, cette assemblée a le droit de délibérer et de statuer valablement sur tous les objets qui sont du ressort de l'assemblée générale.

Art. 13. Présidence, Secrétaire, Scrutateurs.

1) La présidence de l'assemblée générale revient au président du conseil d'administration et, en cas d'empêchement de celui-ci, au vice-président ou à un autre membre du conseil d'administration désigné par celui-ci. En cas d'empêchement de tous ces membres, un président de séance est désigné par l'assemblée générale.

2) Le président de l'assemblée générale désigne le rédacteur du procès-verbal (secrétaire) et les scrutateurs, qui ne sont pas nécessairement actionnaires.

Art. 14. Droit de vote, Représentation.

1) Chaque action donne droit à une voix.

2) Les actionnaires peuvent représenter eux-mêmes leurs actions à l'assemblée générale ou les faire représenter par un tiers qui n'est pas nécessairement actionnaire.

3) Les représentants doivent attester de pouvoirs écrits de la part du représenté et sont tenus de suivre les instructions du représenté.

Art. 15. Quorum. L'assemblée générale peut prendre des décisions sans égard au nombre d'actionnaires présents et aux actions représentées.

Art. 16. Décisions et Élections.

1) Si la loi ou les statuts n'en disposent pas autrement, l'assemblée générale prend ses décisions et procède aux élections à la majorité absolue des voix attribuées aux actions représentées, à l'exclusion des bulletins blancs et nuls.

2) Une décision de l'assemblée générale recueillant au moins les deux tiers des voix attribuées aux actions représentées et la majorité absolue des valeurs nominales représentées est nécessaire pour:

- a) la modification du but social;
- b) l'introduction d'actions à droit de vote privilégié;
- c) la restriction de la transmissibilité des actions nominatives;
- d) une augmentation autorisée ou conditionnelle du capital-actions;
- e) l'augmentation du capital-actions au moyen de fonds propres, contre apport en nature ou en vue d'une reprise de biens et l'octroi d'avantages particuliers;
- f) la limitation ou la suppression du droit de souscription préférentiel;
- g) le transfert du siège de la Société;
- h) la dissolution de la Société.

3) En cas d'égalité des voix, la décision n'est pas adoptée et en cas d'élection la décision se fait par tirage au sort.

4) Les votations et les élections se font à main levée pour autant que le président de l'assemblée générale n'exige pas le vote secret ou que l'assemblée générale le décide.

Art. 17. Procès-verbal.

1) Le conseil d'administration procède à la rédaction d'un procès-verbal. Celui-ci indique: le nombre, le type et la valeur des actions qui sont représentées par des actionnaires, des organes, par des représentants indépendants et par des représentants dépositaires; les décisions et les résultats des élections; les demandes de renseignements et les réponses communiquées, les déclarations faites par les actionnaires.

2) Le procès-verbal est signé par le président et le secrétaire de l'assemblée.

Chiffre 3.2. Conseil d'administration

Art. 18. Composition.

1) Le conseil d'administration de la Société se compose de trois membres au moins, élus par l'assemblée générale.

2) Le président ou le vice-président du conseil d'administration doit être domicilié en Suisse.

Art. 19. Durée des fonctions.

1) Les membres du conseil d'administration sont élus pour une durée d'une année, une année étant définie comme la période comprise entre une assemblée générale ordinaire et l'assemblée générale ordinaire suivante. Les membres élus lors d'une élection de remplacement en cours de mandat sont élus jusqu'à la fin de la durée du mandat de leur prédécesseur.

2) La réélection est possible.

Art. 20. Attributions.

1) Le conseil d'administration a les attributions intransmissibles et inaliénables suivantes:

- a) exercer la haute direction de la Société et établir les instructions nécessaires;
- b) fixer l'organisation de la Société;
- c) fixer les principes de la comptabilité et du contrôle financier ainsi que le plan financier de la Société;
- d) nommer et révoquer les personnes chargées de la gestion de la Société;
- e) nommer et révoquer les personnes chargées de la représentation de la Société;
- f) nommer et révoquer les fondés de procuration de la Société;
- g) exercer la haute surveillance sur les personnes chargées de la gestion pour s'assurer notamment qu'elles observent la loi, les statuts, les règlements et les instructions données;
- h) établir le rapport de gestion (rapport annuel, comptes annuels et cas échéant comptes de groupe);
- i) préparer l'assemblée générale et exécuter ses décisions;
- j) informer le juge en cas de surendettement;
- k) prendre les décisions relatives aux augmentations de capital et les modifications de statuts nécessaires (art. 651 al. 4, 651a, 652g et 653g CO).

2) En outre, le conseil d'administration a en particulier les compétences transmissibles suivantes:

- a) la gestion du registre des actions;
- b) la décision de créer de succursales, de créer des filiales ainsi que d'acquérir et d'aliéner des participations dans d'autres sociétés;
- c) la décision d'acquérir, grever et aliéner des biens immobiliers;
- d) la décision de conclure et d'octroyer des prêts, de conclure des cautionnements, garanties, déclarations de solvabilité ainsi que de contrats de gage ainsi que de conclure des engagements de change;
- e) la décision d'entamer et de se retirer d'un procès et la conclusion d'accords transactionnels.

3) Le conseil d'administration peut prendre en toutes occasions des décisions sur toutes les affaires qui ne sont pas attribuées à l'assemblée générale ou à un autre organe par la loi, les statuts ou le règlement d'organisation.

4) Le conseil d'administration peut répartir entre ses membres, pris individuellement ou groupés en comités, la charge de préparer et d'exécuter ses décisions ou de surveiller certaines affaires. Il veille à ce que ses membres soient convenablement informés.

Art. 21. Direction.

1) Le conseil d'administration délègue la gestion quotidienne de la Société à une direction conformément à un règlement d'organisation qu'il a adopté.

2) Le règlement d'organisation fixe les modalités de la gestion, détermine les postes nécessaires, en définit les attributions et règle en particulier l'obligation de faire rapport.

Art. 22. Constitution interne.

1) Le conseil d'administration se constitue lui-même. Il désigne en son sein le président et éventuellement un vice-président, dont la durée de mandat correspond à celle de membre du conseil d'administration.

2) Le conseil d'administration désigne un secrétaire, qui n'a pas besoin d'être membre du conseil d'administration.

Art. 23. Séances, Convocations, Ordre du jour.

1) Le conseil d'administration se réunit aussi souvent que les affaires l'exigent mais au minimum quatre fois par année et lorsqu'un de ses membres exige du président, en indiquant les motifs, la convocation d'une séance.

2) Le conseil d'administration est convoqué par le président et en cas d'empêchement de celui-ci par le vice-président.

3) La convocation du conseil d'administration doit intervenir au moins 5 jours avant le jour de la réunion. Dans les cas urgents, ce délai peut ne pas être respecté. Dans la convocation, le jour, l'heure et le lieu de la réunion ainsi que l'ordre du jour doivent être communiqués.

4) Il ne peut y avoir de décisions prises sur des sujets qui ne figurent pas à l'ordre du jour que dans la mesure où et aussi longtemps que tous les membres du conseil d'administration sont présents.

Art. 24. Présidence, secrétaire.

1) La présidence des séances du conseil d'administration revient à son président et, en cas d'empêchement de celui-ci, au vice-président ou à un autre membre du conseil d'administration désigné en son sein.

2) Le secrétaire du conseil d'administration rédige le procès-verbal et, en cas d'empêchement de celui-ci, le président désigne un rédacteur du procès-verbal qui n'a pas besoin d'être membre du conseil d'administration.

Art. 25. Quorum.

1) Le conseil d'administration peut prendre des décisions lorsque la majorité de ses membres est présente.

2) Aucun quorum n'est requis lorsqu'il s'agit uniquement de constater l'exécution d'une augmentation de capital et de décider des modifications statutaires y relatives.

Art. 26. Prise de décision.

1) Le conseil d'administration prend ses décisions et procède aux élections à la majorité des voix des membres présents. En cas d'égalité, la voix du président est prépondérante.

2) A la demande du président, et, en cas d'empêchement de celui-ci, du vice-président, une séance du conseil d'administration peut se tenir sous la forme d'une conférence téléphonique ou d'une vidéoconférence si et aussi longtemps que l'ensemble des membres du conseil d'administration participent à cette conférence et pour autant qu'un membre n'exige pas une réunion physique.

3) A la demande du président et, en cas d'empêchement de celui-ci, du vice-président, des décisions du conseil d'administration peuvent être prises sous la forme de décisions par voie de circulation, soit par courrier, E-mail ou télécopie autant qu'un membre du conseil d'administration ne requière pas une réunion physique dans les trois jours après avoir reçu la demande.

4) Les décisions par voie de circulation doivent être prises à l'unanimité des membres du conseil d'administration.

Art. 27. Procès-verbal.

1) Les délibérations et décisions du conseil d'administration sont consignées dans un procès-verbal signé par le président et le secrétaire. Les décisions par voie de circulation sont reproduites dans le prochain procès-verbal du conseil d'administration.

2) Les procès-verbaux doivent à chaque fois être adoptés par le conseil d'administration lors de sa prochaine séance.

Chiffre 3.3. Organe de revision

Art. 28. Election.

1) L'assemblée générale ordinaire élit un ou plusieurs réviseurs en qualité d'organe de révision.

2) Les réviseurs doivent avoir les qualifications nécessaires à l'accomplissement de leur tâche auprès de la Société, conformément à l'art. 727b CO. Les réviseurs doivent remplir les conditions d'indépendance conformément à l'article 728 CO.

3) L'indépendance de l'organe de révision est, en particulier incompatible avec:

a) l'appartenance au conseil d'administration, d'autres fonctions décisionnelles au sein de la Société ou des rapports de travail avec elle;

b) une participation directe ou une participation indirecte importante au capital-actions ou encore une dette ou une créance importantes à l'égard de la Société;

c) une relation étroite entre la personne qui dirige la révision et l'un des membres du conseil d'administration, une autre personne ayant des fonctions décisionnelles ou un actionnaire important;

d) la collaboration à la tenue de la comptabilité ainsi que la fourniture d'autres prestations qui entraînent le risque de devoir contrôler son propre travail en tant qu'organe de révision;

e) l'acceptation d'un mandat qui entraîne une dépendance économique;

f) la conclusion d'un contrat à des conditions non conformes aux règles du marché ou d'un contrat par lequel l'organe de révision acquiert un intérêt au résultat du contrôle;

g) l'acceptation de cadeaux de valeur ou d'avantages particuliers.

Art. 29. Durée des fonctions.

1) L'organe de révision est élu pour une durée d'une année, une année étant définie comme la période comprise entre une assemblée générale ordinaire et l'assemblée générale ordinaire suivante.

2) La réélection est possible.

Art. 30. Attributions. La Société soumet ses comptes annuels et, le cas échéant, ses comptes de groupe, au contrôle ordinaire de l'organe de révision. L'organe de révision a les tâches qui lui incombent selon les art. 728a ss CO.

Titre 4. Représentation

Art. 31. Pouvoir de représentation.

1) Le conseil d'administration désigne ses membres et les tiers (directeurs, personnes chargées de la gestion ou disposant du pouvoir de représentation, mandataires commerciaux) qui ont le pouvoir de représenter la Société à l'égard de tiers et désignent leur pouvoir de signature. Seuls les membres du conseil d'administration, directeurs, personnes chargées de la gestion ou disposant du pouvoir de représentation, mandataires commerciaux qui sont indiqués comme disposant du pouvoir de représentation peuvent représenter la Société à l'égard des tiers.

2) Un membre du conseil d'administration au moins doit avoir qualité pour représenter la Société.

3) La Société doit pouvoir être représentée par une personne domiciliée en Suisse. Un membre du conseil d'administration ou un directeur doit satisfaire à cette exigence.

Art. 32. Signature. Les personnes autorisées à représenter la Société signent en ajoutant leur signature personnelle à la raison sociale. Pour qu'une signature au nom de la Société ait force obligatoire, il faut en principe les signatures de deux personnes autorisées à signer.

Titre 5. Publications

Art. 33. Organe de publication, Communications.

- 1) La Feuille Officielle Suisse du Commerce est l'organe de publication de la Société.
- 2) Les publications de la Société paraissent dans l'organe de publication, les communications aux titulaires d'actions nominatives sont adressées à leur dernière adresse inscrite dans le registre des actions par courrier recommandé ou contre attestation de réception ou par télégraphe ou, pour autant que la loi n'oblige pas à informer personnellement, par publication dans l'organe de publication.

Titre 6. Rapport annuel, Comptabilité

Art. 34. Exercice. L'exercice de la Société débute le 1^{er} janvier et se termine le 31 décembre, pour la première fois le 31 décembre 2000.

Art. 35. Rapport de gestion.

- 1) Le conseil d'administration établit pour chaque exercice un rapport de gestion qui se compose du rapport annuel, des comptes annuels, et, lorsque la loi le prescrit, des comptes de groupe.
- 2) Le rapport annuel expose la marche des affaires ainsi que la situation économique et financière de la Société. Il mentionne les augmentations de capital-actions de l'exercice et reproduit l'attestation de vérification.
- 3) Les comptes annuels se composent du compte de profits et pertes, du bilan et de l'annexe. Ils sont établis conformément aux prescriptions des art. 662a à 663c, 663e à 670 et 957 à 961 CO.

Titre 7. Emploi du bénéfice

Art. 36. Emploi du bénéfice

- 1) Le bénéfice de l'exercice ressortant des comptes annuels est affecté conformément aux art. 671 ss CO.
- 2) 5 pour-cent du bénéfice de l'exercice sont affectés à la réserve générale, jusqu'à ce que celle-ci atteigne 20 pour-cent du capital-actions libéré.
- 3) L'assemblée générale dispose du solde du bénéfice sous réserve des dispositions impératives de la loi.

Titre 8. Dissolution, Liquidation

Art. 37. Dissolution. La dissolution de la Société intervient conformément aux art. 736 ss CO. L'assemblée générale peut décider de la dissolution en tout temps.

Art. 38. Liquidation.

- 1) La liquidation de la Société a lieu conformément aux art. 739 ss CO.
- 2) Les pouvoirs de l'assemblée générale demeurent pendant la liquidation sous réserve des restrictions de l'art. 739 CO. En particulier, les comptes de liquidation doivent être approuvés par l'assemblée générale.
- 3) La liquidation a lieu par les soins du conseil d'administration, à moins que les statuts ou l'assemblée générale ne désignent d'autres liquidateurs. L'un des liquidateurs au moins doit être domicilié en Suisse et avoir qualité pour représenter la Société.
- 4) Les liquidateurs sont autorisés à vendre les actifs de la Société de gré à gré.

Titre 9. Divers

Art. 39. Entrée en vigueur. Ces statuts sont entrés en vigueur le 15 décembre 1999. Ils furent complétés le 22 décembre 1999 (Art. 20,39) et amendés le 6 juin 2000 (Art. 1, 3, 39), 31 octobre 2000 (Art. 3, 39) et 6 juillet 2007 (Art. 1 et 39) ainsi que totalement révisés le 3 novembre 2010, puis amendés le 6 décembre 2010 (Art. 3, 3a, 3b), puis amendés le 17 juillet 2012 (Art. 1, 4, 13, 16, 18, 21, 26 et 39), puis amendés le 31 juillet 2012 (Art. 3 et 3c) et le 19 octobre 2012 (Art. 3 et 3d).

Zoug, révisés le 19 octobre 2012.

Pierre-Alain Bracher / Kabita Höllenstein

Der Vorsitzende / Die Protokollführerin und Stimmzählerin:

Beglaubigung

Die unterzeichnende Urkundsperson des Kantons Zug, Stefan Hofstetter Rechtsanwalt, Froiep Renggli, Grafenausstrasse 5, 6304 Zug, beglaubigt hiermit, dass die vorliegenden Statuten der J. Safra Holding AG (J. Safra Holding SA) (J. Safra Holding Ltd.), mit Sitz in Basel, im vorliegenden Wortlaut an der heute stattgefundenen Verwaltungsratssitzung einstimmig angenommen worden sind. Diese Statuten umfassen -16-Seiten.

Zug, 19. Oktober 2012.

Stefan Hofstetter

Die Urkundsperson

The undersigned civil law notary of the Canton of Zug,
Stefan Hofstetter, Attorney at Law, Grafenaustrasse 5, CH-6304 Zug
(Switzerland), herewith certifies this photostat to be a true copy
of the original document dated October 19, 2012.

Zug, October 23, 2012.

Signature.

Référence de publication: 2012143570/842.

(120188867) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 2 novembre 2012.

Alpha International (Luxembourg) S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1258 Luxembourg, 22, rue J.P. Brasseur.

R.C.S. Luxembourg B 113.091.

Les comptes annuels au 30 novembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 Octobre 2012.

Un mandataire

Référence de publication: 2012133642/11.

(120176453) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Alpha-Lux Investments S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

R.C.S. Luxembourg B 76.140.

Les comptes annuels au 30 novembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 Octobre 2012.

Un mandataire

Référence de publication: 2012133641/11.

(120176454) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Govebe International S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

R.C.S. Luxembourg B 105.621.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour GOVEBE INTERNATIONAL S.A.

Intertrust (Luxembourg) S.A.

Référence de publication: 2012133839/11.

(120176398) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Hacienda S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-4756 Pétange, 12-13, place du Marché.

R.C.S. Luxembourg B 161.361.

Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour la société
Fiduciaire WBM
Experts comptables et fiscaux
Signature

Référence de publication: 2012133851/13.

(120176405) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Kitry Group S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 10A, rue Henri M. Schnadt.

R.C.S. Luxembourg B 72.465.

Les comptes annuels au 31 décembre 2010 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012133896/9.

(120176382) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

La Villette Sarl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-4018 Esch-sur-Alzette, 8, rue d'Audun.

R.C.S. Luxembourg B 80.511.

Les comptes annuels au 31 décembre 2009 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012133914/9.

(120176411) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

MATHIS PROST, société anonyme, Société Anonyme.

Siège social: L-5280 Sandweiler, Zone Industrielle Rolach.

R.C.S. Luxembourg B 781.

Les comptes annuels au 31.12.2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012133950/9.

(120176404) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Media & Advertising S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1857 Luxembourg, 104, rue du Kiem.

R.C.S. Luxembourg B 100.211.

Décision de l'associé unique du 28 septembre 2012

Le mandat de la gérante unique, Madame Isabelle Couset, commerçante, née le 26 décembre 1961 à Louvain (B), demeurant professionnellement à L-1857 Luxembourg, 104, rue du Kiem, sera renouvelé jusqu'à l'assemblée qui se tiendra dans l'année 2018.

Luxembourg, le 28 septembre 2012.

Pour extrait conforme

Mme COUSET

La Gérante

Référence de publication: 2012133952/15.

(120176458) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Octinvest S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 19-21, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 121.527.

Les comptes annuels au 31 décembre 2010 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Société Européenne de Banque S.A.
Société Anonyme
Banque domiciliataire
Signatures

Référence de publication: 2012133986/13.

(120176417) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Pembroke Altstadt Palais S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1246 Luxembourg, 2A, rue Albert Borschette.

R.C.S. Luxembourg B 127.438.

—
Résolution des actionnaires en date du 19 septembre 2012

Il est

RESOLU d'accepter la démission de Mr. Allan Pelvang de qualité de Gérant de Pembroke Altstadt Palais S.à r.l. avec effet au 30 septembre 2012.

RESOLU d'accepter la démission de Mme. Nicola Morse de qualité de Gérant de Pembroke Altstadt Palais S.à r.l. avec effet au 30 septembre 2012.

RESOLU de nommer Mr. Christopher Paul Brealey, 2a rue Albert Borschette, L-1246, Luxembourg, en qualité de Gérant de Pembroke Altstadt Palais S.à r.l. avec effet au 30 septembre 2012.

RESOLU de nommer Mr. Richard Sean Lewis, 2a rue Albert Borschette, L-1246, Luxembourg, en qualité de Gérant de Pembroke Altstadt Palais S.à r.l. avec effet au 30 septembre 2012.

Luxembourg, le 19 septembre 2012.

Des Actionnaires

Référence de publication: 2012133993/19.

(120176444) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Pfizer Warner Lambert Luxembourg S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 51, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 79.434.

—
Les comptes annuels au 30 novembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 Octobre 2012.

Un mandataire

Référence de publication: 2012133995/11.

(120176455) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

PF Prism S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 51, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 158.347.

—
Les comptes annuels au 30 novembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 Octobre 2012.

Un mandataire

Référence de publication: 2012134006/11.

(120176450) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Pfizer Continental Holdings Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 51, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 135.007.

—
Les comptes annuels au 30 novembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 Octobre 2012.

Un mandataire

Référence de publication: 2012134007/11.

(120176451) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Pfizer Holdings North America Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 51, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 164.649.

Les comptes annuels au 30 novembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 Octobre 2012.

Un mandataire

Référence de publication: 2012134008/11.

(120176447) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Pfizer Luxco Holdings Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 51, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 98.684.

Les comptes annuels au 30 novembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 Octobre 2012.

Un mandataire

Référence de publication: 2012134009/11.

(120176446) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Picolit S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2340 Luxembourg, 34, rue Philippe II.

R.C.S. Luxembourg B 84.141.

Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134012/9.

(120176393) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Tassili Ventures, Société Anonyme.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 11, boulevard Royal.

R.C.S. Luxembourg B 161.345.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012134101/10.

(120176433) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Wyeth Ayerst Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 51, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 149.053.

Les comptes annuels au 30 novembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 Octobre 2012.

Un mandataire

Référence de publication: 2012134140/11.

(120176452) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Winward International Spf S.A., Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-2163 Luxembourg, 40, avenue Monterey.

R.C.S. Luxembourg B 69.114.

Extrait des résolutions prises lors de l'assemblée générale ordinaire du 28 septembre 2012

- L'Assemblée renouvelle les mandats d'administrateur de Monsieur Gilles JACQUET, employé privé, avec adresse professionnelle 40, avenue Monterey à L-2163 Luxembourg, de Monsieur Pieter VAN NUGTEREN, employé privé, avec adresse professionnelle 40, avenue Monterey à L-2163 Luxembourg et de Lux Business Management Sàrl, ayant son siège social 40, avenue Monterey à L-2163 Luxembourg, ainsi que le mandat de commissaire aux comptes de CO-VENTURES S.A., ayant son siège social 40, avenue Monterey à L-2163 Luxembourg. Ces mandats se termineront lors de l'assemblée qui statuera sur les comptes de l'exercice 2012.

Luxembourg, le 28 septembre 2012.

Pour extrait conforme

Pour la société

Un mandataire

Référence de publication: 2012134144/18.

(120176406) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

3A Invest S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1417 Luxembourg, 8, rue Dicks.

R.C.S. Luxembourg B 59.381.

Les comptes annuels au 31.12.2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134158/9.

(120176431) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Morave Holding S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1260 Luxembourg, 5, rue de Bonnevoie.

R.C.S. Luxembourg B 47.410.

Extrait de la résolution pris lors de l'assemblée général ordinaire des actionnaires tenue de manière extraordinaire au siège social le 10 octobre 2012:

1) L'Assemblée décide de transférer le siège social de la société au 5, rue de Bonnevoie, L-1260 Luxembourg, avec effet immédiat.

Nous vous prions de bien vouloir prendre note du changement d'adresse des administrateurs suivants:

- Monsieur Daniel GALHANO, demeurant professionnellement au 5, rue de Bonnevoie, L-1260 Luxembourg.

- Monsieur Laurent TEITGEN, demeurant professionnellement au 5, rue de Bonnevoie, L-1260 Luxembourg.

Nous vous prions de bien vouloir prendre note du changement d'adresse, en date du 15.06.2012, du commissaire aux comptes:

- Revisora S.A., ayant son siège social au 60, avenue de la Liberté, L-1930 Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

MORAVE HOLDING S.A.

Référence de publication: 2012133965/19.

(120176461) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

CCI Participations SA, Société Anonyme.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 4, rue Henri M. Schnadt.

R.C.S. Luxembourg B 52.273.

Les comptes annuels au 31 décembre 2010 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012133703/9.

(120176348) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Soni S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-8522 Beckerich, 6, rue Jos Seyler.
R.C.S. Luxembourg B 97.167.

L'an deux mil douze, le trois octobre,

Pardevant Maître Camille MINES, notaire de résidence à Capellen,

s'est réunie l'assemblée générale extraordinaire de la société SONI S.A., avec siège à L-8211 Mamer, 53, route d'Arlon, inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés à Luxembourg sous le numéro B 97.167, constituée aux termes d'un acte reçu par Maître Aloyse BIEL, alors notaire de résidence à Esch/Alzette, en date du 22 octobre 2003, publié au Mémorial C numéro 1372 du 29 décembre 2003, et dont les statuts ont été modifiés aux termes d'une assemblée générale extraordinaire actée par Maître Aloyse BIEL, alors, notaire de résidence à Esch/Alzette, en date du 11 juin 2004, publiée au Mémorial C numéro 960 du 28 septembre 2004.

L'assemblée est ouverte sous la présidence de Madame Stéphanie PACHE, employée privée, demeurant à Mamer, qui désigne comme secrétaire Madame Manon HOFFMANN, employée privée, demeurant à Koerich.

L'assemblée choisit comme scrutateur Madame Véronique GILSON-BARATON, employée privée, demeurant à Gar-nich.

Les actionnaires présents ou représentés, les mandataires des actionnaires représentés et le nombre d'actions des actionnaires sont renseignés sur une liste de présences, laquelle, après avoir été signée ne varietur, restera annexée aux présentes.

Madame le président constate, et l'assemblée approuve, que toutes les 1000 actions émises de la société sont valablement représentées, ainsi qu'il résulte de la liste de présences susmentionnée et que tous les actionnaires présents ou représentés renoncent à toute convocation supplémentaire affirmant avoir connu à l'avance l'ordre du jour de la présente assemblée.

Ceci exposé, Madame le Président met au vote les résolutions suivantes qui seront approuvées à l'unanimité:

Siège social:

L'assemblée décide de transférer le siège de la société à L8522 Beckerich, 6, rue Jos Seyler.

La deuxième phrase de l'article 2 des statuts est donc modifiée comme suit:

«La société est constituée pour une durée indéterminée et aura son siège dans la Commune de Beckerich.»

Administrateurs:

Les mandats de tous les administrateurs et de l'administrateur délégué actuellement en place sont renouvelés pour une durée de six ans.

Dont acte, fait et passé à Capellen, à la date mentionnée en tête des présentes.

Et après lecture faite aux membres du bureau, connus du notaire par noms, prénoms usuels, états et résidences, tous ont signé ensemble avec Nous notaire la présente minute.

Signé: S. PACHE, M. HOFFMANN, V. BARATON, C. MINES.

Enregistré à Capellen, le 05 octobre 2012. Relation: CAP/2012/3761. Reçu soixante-quinze euros 75,00 €.

Le Receveur ff. (signé): M. Entringer.

POUR COPIE CONFORME.

Capellen, le 8 octobre 2012.

Référence de publication: 2012134086/42.

(120176438) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Auto Logistic Transport, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-3378 Livange, 251, route de Luxembourg.

R.C.S. Luxembourg B 73.983.

Extrait de la résolution de l'associé unique en date du 3 juillet 2012

Monsieur Bernard GRASSER, gérant unique de la Société à responsabilité limitée «Auto Logistic Transport» a remis en date du 29 juin 2012 une lettre de démission de son poste de gérant unique.

L'associé unique prend acte et accepte la démission de Monsieur Bernard GRASSER de sa fonction de gérant unique.

L'associé unique décide de nommer Monsieur Roger GRUTTER, né le 8 décembre 1959 à Bischwiller (France), demeurant 4, impasse des Acacias, F-67980 Hangenbieten (France), comme gérant unique de la S.à r.l. «Auto Logistic Transport» en remplacement de Monsieur Bernard GRASSER.

La société est valablement engagée en toutes circonstances par sa seule signature.

Monsieur Roger GRUTTER est nommé pour une durée indéterminée.

Référence de publication: 2012133652/16.

(120176366) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Beweco EMB Invest SA, Société Anonyme.

Siège social: L-8522 Beckerich, 6, rue Jos Seyler.

R.C.S. Luxembourg B 96.680.

—
Les statuts coordonnés de la société, rédigés en suite de l'assemblée générale du 03.10.2012, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Capellen.

Référence de publication: 2012133668/11.

(120176463) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

BOLD Holdings S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 31.000,00.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 9B, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 114.521.

—
Extrait des résolutions prises par l'associé unique de la société en date du 9 octobre 2012

L'associé unique accepte la démission de Geert Roosen en tant que gérant de la société avec effet au 29 août 2012.

L'associé unique décide de nommer comme nouveau gérant de la Société Wolfgang Landl, Chief Executive Officer, né le 24 novembre 1968 à Huttwil, Suisse, avec adresse professionnelle au 32, rue de Malatrex, 1201 Genève, Suisse avec effet au 29 août 2012 et ce pour une période indéterminée.

L'associé unique décide également de nommer comme nouveau gérant de la Société Maria Teresa Zappia, Chief Investment Officer, né le 17 novembre 1966 à Marsala, Italie, avec adresse professionnelle au 32, me de Malatrex, 1201 Genève, Suisse avec effet immédiat et ce pour une période indéterminée.

À Luxembourg, le 9 octobre 2012.

Pour extrait conforme

Signatures

L'agent domiciliataire

Référence de publication: 2012133674/20.

(120176325) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

CCI Participations SA, Société Anonyme.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 4, rue Henri M. Schnadt.

R.C.S. Luxembourg B 52.273.

—
EXTRAIT

Il résulte des décisions prises par le Conseil d'Administration en date du 14 septembre 2012 que:

Monsieur Max GALOWICH est élu en tant que Président du Conseil d'Administration pour toute la durée de son mandat d'Administrateur, soit jusqu'à l'issue de l'assemblée générale annuelle qui se tiendra en 2016.

Luxembourg, le 14 octobre 2012.

Pour extrait conforme

Pour la Société

Un mandataire

Référence de publication: 2012133705/15.

(120176354) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

CCI Participations SA, Société Anonyme.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 4, rue Henri M. Schnadt.

R.C.S. Luxembourg B 52.273.

—
Les comptes annuels au 31 décembre 2009 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012133704/9.

(120176349) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Chef S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1140 Luxembourg, 45-47, route d'Arlon.

R.C.S. Luxembourg B 86.909.

Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

CHEF S.A.

Référence de publication: 2012133714/10.

(120176327) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Parthenon International S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2737 Luxembourg, 14, rue Wurth Paquet.

R.C.S. Luxembourg B 97.141.

Il résulte des résolutions du 10 octobre 2012 de l'actionnaire unique de la Société:

- 1) Révocation de SMC Services Sàrl, enregistrée au RCSL sous B 56 021 en tant que commissaire aux comptes.
- 2) Nomination de Madame Nathalie Crahay, domiciliée professionnellement au 14 rue Wurth Paquet L-2737 Luxembourg, commissaire aux comptes de la Société avec effet au 10 octobre 2012.
- 3) Transfert du siège de la Société du 6 rue Schnadt L-2530 Luxembourg au 14 rue Wurth Paquet L-2737 Luxembourg.
- 4) Acceptation de la démission de l'administrateur Monsieur Sylvain LUTZ.
- 5) Nomination de Madame Amalia Kaklamanos, domiciliée professionnellement au 14 rue Wurth Paquet L-2737 Luxembourg, administrateur de la Société avec effet au 10 octobre 2012.

Pour extrait conforme

Pour la société

Un mandataire

Référence de publication: 2012134002/18.

(120176335) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Co-Legend S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1226 Luxembourg, 20, rue Jean-Pierre Beicht.

R.C.S. Luxembourg B 142.663.

Résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Extraordinaire tenue en date du 20 septembre 2012:

1. L'Assemblée accepte la démission de l'Administrateur, Madame Françoise MAGI, Employée privée, domiciliée professionnellement 20, rue Jean-Pierre Beicht L-1226 Luxembourg.
2. En remplacement de l'Administrateur démissionnaire, l'Assemblée décide de nommer en qualité de nouvel Administrateur, jusqu'à l'Assemblée Générale Ordinaire annuelle statuant sur les comptes de l'exercice clos le 30 septembre 2013:
 - Monsieur David GEROLD, Employé privé, domicilié professionnellement 20, rue Jean-Pierre Beicht L-1226 Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

AKELYS EUROPEAN SCORE

20, rue Jean-Pierre Beicht L-1226 Luxembourg

Signature

Référence de publication: 2012133719/19.

(120176337) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Core Holding S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 10A, rue Henri M. Schnadt.
R.C.S. Luxembourg B 83.369.

—
Extrait de l'assemblée générale ordinaire du 31 août 2012

L'Assemblée ne renouvelle pas le mandat d'administrateur de Madame Pascale TROQUET. L'Assemblée renouvelle les mandats d'administrateur de:

- Monsieur Patrick ROCHAS, demeurant professionnellement au 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 LUXEMBOURG;
- Madame Sylviane COURTOIS, demeurant professionnellement au 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 LUXEMBOURG.

L'Assemblée décide de nommer Monsieur Eddy WIRTZ, demeurant professionnellement au 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 LUXEMBOURG aux fonctions d'administrateur.

L'Assemblée décide de nommer AUDITEURS ASSOCIES, société de droit luxembourgeois ayant son siège social au 32, boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg, immatriculée au Registre de Commerce et des Sociétés Luxembourg sous le n° B93937, aux fonctions de commissaire aux comptes en remplacement de MAZARS dont le mandat est échu.

Les mandats des administrateurs et du commissaire aux comptes ainsi nommés viendront à échéance à l'issue de l'Assemblée générale à tenir en 2018.

FIDUO

Référence de publication: 2012133725/21.

(120176365) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Geria S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 10A, rue Henri M. Schnadt.
R.C.S. Luxembourg B 52.957.

—
Les comptes annuels au 31 décembre 2009 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012133831/9.

(120176380) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Compagnie Internationale de Rentes S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1150 Luxembourg, 251, route d'Arlon.
R.C.S. Luxembourg B 15.555.

—
AUFLÖSUNG

An diesem neunundzwanzigsten Juni des Jahres zweitausendundeins ist vor dem unterzeichneten Camille Mines, Notar mit Amtssitz in Redingen, erschienen

Herr Georg Peter ROCKEL, Wirtschaftsprüfer wohnhaft in Pratz,

handelnd namens und im Auftrag der Aktiengesellschaft Carl Kliem S.A., welche sämtliche Aktien der Aktiengesellschaft COMPAGNIE INTERNATIONALE DE RENTES S.A., erworben hat, einer Gesellschaft luxemburgischen Rechts mit Sitz in Luxemburg-Stadt, eingeschrieben im Handelsregister beim Bezirksgericht Luxemburg unter Nummer B 15.555,

aufgrund einer hier beigegebenen privatschriftlichen Vollmacht vom 27. Juni 2001, gezeichnet von den Herren Carl SCHARFFENORTH und Kevin MOODY.

Dies vorausgeschickt erklärte der Erschienene, eine ausserordentliche Generalversammlung der COMPAGNIE INTERNATIONALE DE RENTES S.A. abzuhalten und er ersuchte den amtierenden Notar, folgende Beschlüsse zu beurkunden:

In Anbetracht dessen,

- dass sich sämtliche Gesellschaftsanteile, das heisst fünfundsiebzigtausend (75.000) Aktien mit einem Nominalwert von je fünf Euro (EUR 5.-), welche die Gesamtheit des Aktienkapitals repräsentieren, in der Hand der Vollmachtgeberin, der Carl Kliem Société Anonyme, vereinigt sind,
- dass es der Wunsch der Vollmachtgeberin ist, die Gesellschaft aufzulösen und selbst Liquidatorin zu sein,
- dass der Vollmachtgeberin die Aktiva und Passiva der zu liquidierenden Gesellschaft bekannt sind und dass die Vollmachtgeberin insbesondere in die Schulden der Gesellschaft einzutreten bereit ist,
- dass die Gesellschaft keinerlei Grundbesitz hat,

wird wie folgt beschlossen:

Die vom Verwaltungsrat getätigten Geschäfte werden, soweit dies noch nicht geschehen ist, genehmigt. Den Verwaltungsratsmitgliedern und dem Kommissar der COMPAGNIE INTERNATIONALE DE RENTES S.A. wird Entlastung erteilt.

Die Gesellschaft COMPAGNIE INTERNATIONALE DE RENTES S.A. ist, nachdem die Abwicklung stattgefunden hat, mit sofortiger Wirkung auf Grund der Vereinigung aller Anteile in einer Hand aufgelöst.

Die Dokumente der Gesellschaft werden auf die Dauer von fünf Jahren am Sitz der Gesellschaft aufbewahrt.

Soweit rechtlich notwendig, ist die Carl Kliem S.A. als Liquidatorin zu betrachten, welche auch die Kosten der gegenwärtigen Urkunde trägt.

Worüber Urkunde, Nach Vorlesung alles Vorstehenden hat der Komparent, welcher dem Notar mit Namen, Vornamen, Stand und Wohnort bekannt ist, mit dem Notar diese Urkunde unterschrieben in Redingen, in der Amtsstube des Notars, am Datum wie oben erwähnt.

Gezeichnet: G.P. ROCKEL, C. MINES

Enregistré à Redange/Attert le 05/07/2001, volume 400, folio 94, case 10. Reçu: cinq cents francs (LUF 500,-).

Le Receveur ff. (signé): Wiltzius.

Für gleichlautende Abschrift

Redingen, den 05.07.2001.

Référence de publication: 2012133722/44.

(120176042) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Transass S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-4149 Schifflange, Zone Industrielle "Um Monkeler".

R.C.S. Luxembourg B 25.619.

—
Extrait de l'Assemblée Générale Annuelle tenue à Schifflange le 17 avril 2012

L'Assemblée prend connaissance de la démission de Monsieur Antonio DE MELO RODRIGUES de son mandat d'administrateur avec effet au 1^{er} avril 2012.

Le Conseil d'Administration de la société est désormais composé comme suit:

- Monsieur André BONARIA
- Madame Carmen BONARIA
- Monsieur Robert WILDGEN
- La société CIMALUX S.A. représentée par Monsieur Christian WEILER.

Le mandat des administrateurs viendra à échéance en 2015 excepté celui de Monsieur Robert WILDGEN qui viendra à échéance en 2013.

Luxembourg, le 19 septembre 2012.

FIDUO

Référence de publication: 2012134112/19.

(120176360) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Electrique-Electronique Concept, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-5951 Itzig, 8, rue des Arbustes.

R.C.S. Luxembourg B 21.288.

—
Les comptes annuels au 31 décembre 1996 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012133776/10.

(120176340) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Dimension Data Luxembourg, Société Anonyme.

Siège social: L-8308 Capellen, 89D, rue de Pafebruch.

R.C.S. Luxembourg B 43.810.

—
Il résulte de l'assemblée générale tenue en date du 22 novembre 2011 la décision suivante:

1. Nomination en qualité de réviseur d'entreprise agréée de la société KPMG Luxembourg, société à responsabilité limitée, R.C.S.L. B 149133, avec siège social 9, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg, pour une durée d'un an, soit jusqu'à l'issue de l'assemblée générale annuelle tenue en 2012, pour l'exercice se clôturant le 30 Septembre 2011.

Luxembourg, le 11 octobre 2012.

Pour la société

Référence de publication: 2012133734/13.

(120176332) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Electrique-Electronique Concept, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-5951 Itzig, 8, rue des Arbustes.

R.C.S. Luxembourg B 21.288.

Les comptes annuels au 31 décembre 1995 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012133777/10.

(120176341) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Financière JDL, Société Anonyme.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 10A, rue Henri M. Schnadt.

R.C.S. Luxembourg B 69.360.

Extrait de l'assemblée générale ordinaire du 31 août 2012

L'Assemblée ne renouvelle pas le mandat d'administrateur de Monsieur Philippe SLENDZAK. L'Assemblée renouvelle les mandats d'administrateur de:

- Monsieur Patrick ROCHAS, demeurant professionnellement au 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 LUXEMBOURG;
- Madame Sylviane COURTOIS, demeurant professionnellement au 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 LUXEMBOURG.

L'Assemblée décide de nommer Monsieur Eddy WIRTZ, demeurant professionnellement au 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 LUXEMBOURG aux fonctions d'administrateur.

L'Assemblée décide de nommer AUDITEURS ASSOCIES, société de droit luxembourgeois ayant son siège social au 32, boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg, immatriculée au Registre de Commerce et des Sociétés Luxembourg sous le numéro B93937, aux fonctions de commissaire aux comptes en remplacement de MAZARS (FIDUO depuis le 1^{er} juillet 2011) dont le mandat est échu.

Les mandats des administrateurs et du commissaire aux comptes ainsi nommés viendront à échéance à l'issue de l'Assemblée générale à tenir en 2018.

Référence de publication: 2012133799/21.

(120176386) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Numerica Pro AG, Société Anonyme.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 3A, rue Guillaume Kroll.

R.C.S. Luxembourg B 137.695.

LIQUIDATIONSABSCHLUSS

Im Jahre zwei tausend und zwölf, den zwölf September.

Vor dem unterzeichneten Notar Francis KESSELER, mit Amtssitz in Esch-sur-Alzette (Luxemburg).

Haben sich anlässlich einer außerordentlichen Generalversammlung (die Versammlung), die Aktionäre der Aktiengesellschaft NUMERICA PRO AG, einer luxemburgischen Aktiengesellschaft (société anonyme) mit Sitz in L-1882 Luxembourg, 3A, rue Guillaume Kroll (die Gesellschaft), eingefunden.

Die Gesellschaft wurde am 17. März 2008 notarielle Urkunde gegründet, welche im Memorial C, Recueil des Sociétés et Associations nummer 1107 vom 6. Mai 2008 veröffentlicht ist.

Durch Urkunde, aufgenommen durch den unterzeichneten Notar am 5. Oktober 2011, veröffentlicht im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, Nummer 3065 vom 14. Dezember 2011, wurde die Gesellschaft aufgelöst und ein Liquidator wurde ernannt.

Die Versammlung tritt unter dem Vorsitz von Herrn Pierre HOFFMANN, expert-comptable, mit Geschäftsanschrift in Luxembourg, mit Geschäftsanschrift in Luxembourg (der Vorsitzende) zusammen. Der Vorsitzende ernennt Frau Sofia AFONSO-DA CHAO CONDE, Privatbeamtin, mit Geschäftsanschrift in Esch/Alzette, 5, rue Zénon Bernard, zum

Schriftführer. Die Versammlung wählt sodann Frau Maria SANTIAGO-DE SOUSA, Privatbeamtin, mit Geschäftsanschrift in Esch/Alzette, 5, rue Zénon Bernard zum Stimmzähler. Vorsitzender, Schriftführer und Stimmzähler werden fortan gemeinsam als das Bureau bezeichnet.

Der Vorsitzende stellt unter Zustimmung der Versammlung fest:

I. Das Aktionariat sowie der bevollmächtigte Vertreter sind unter Angabe der Stückzahl der vertretenen Aktien auf einer Anwesenheitsliste mit ihrer Unterschrift eingetragen.

Die Anwesenheitsliste wird durch den Vorsitzenden abgeschlossen und durch den Verwaltungsvorstand gezeichnet. Sie wird gegenwärtigem Protokoll nebst der Vollmacht, welche durch die Erschienenen "ne varietur" paraphiert wurde, beigefügt bleiben, um mit demselben einregistriert zu werden.

II. Aus dieser Anwesenheitsliste geht hervor, dass alle Aktien bei der Versammlung vertreten sind, die somit rechtsgültig über die Tagesordnung verhandeln kann und beschlussfähig ist.

III. Die Tagesordnung hat folgenden Wortlaut:

1. Annahme des Berichts des Liquidationskommissars.
2. Annahme der Liquidationshandlungen sowie der Liquidationskonten.
3. Entlastung des Verwaltungsrats und des Rechnungskommissars für die der Auflösung und Liquidation vorausgegangene Zeit.
4. Entlastung des Liquidators sowie des Liquidationskommissars.
5. Erklärung des Abschlusses der Liquidation.
6. Festsetzung des Orts an dem die Gesellschaftsschriften und -konten während mindestens 5 Jahren aufbewahrt werden.
7. Verschiedenes.

IV. Alsdann wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefasst:

Erster Beschluss

Die Generalversammlung beschließt den Liquidationsbericht des Liquidationskommissars Fiduciaire HRT anzunehmen.

Zweiter Beschluss

Die Generalversammlung beschließt die Liquidationshandlungen sowie die Liquidationskonten anzunehmen.

Dritter Beschluss

Die Generalversammlung gewährt dem Verwaltungsrat sowie dem Rechnungskommissar der Gesellschaft Entlastung für die der Auflösung und Liquidation vorausgegangene Zeit.

Vierter Beschluss

Die Generalversammlung gewährt dem Liquidator sowie dem Liquidationskommissar Entlastung für ihre Handlungen und Tätigkeiten im Zuge der Auflösung und Liquidation der Gesellschaft.

Fünfter Beschluss

Aufgrund der vorangegangenen Beschlüsse erklärt die Generalversammlung die Liquidation der Gesellschaft als abgeschlossen.

Sechster Beschluss

Die Generalversammlung beschließt die Gesellschaftsschriften und -konten während mindestens 5 Jahren am ehemaligen Sitz der Gesellschaft aufzubewahren.

Da keine weiteren Tagesordnungspunkte zur Abstimmung vorgesehen sind, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Esch-sur-Alzette, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, alle dem Notar nach Namen, gebräuchlichem Vornamen, Stand und Wohnort bekannt, haben dieselben mit dem Notar gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Signé: Hoffmann, Conde, Maria Santiago, Kessler.

Enregistré à Esch/Alzette Actes Civils, le 19 septembre 2012. Relation: EAC/2012/12217. Reçu soixante-quinze euros 75,00€

Le Receveur (signé): Santioni A.

POUR EXPEDITION CONFORME

Référence de publication: 2012133980/69.

(120176321) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Fivre S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1260 Luxembourg, 92, rue de Bonnevoie.
R.C.S. Luxembourg B 163.773.

Le bilan approuvé au 31 décembre 2011 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Référence de publication: 2012133803/10.

(120176374) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Erar S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2221 Luxembourg, 279A, rue de Neudorf.
R.C.S. Luxembourg B 169.994.

L'an deux mille douze.

Le onze septembre.

Pardevant Maître Francis KESSELER, notaire de résidence à Esch/Alzette.

A COMPARU

Monsieur Ernad BORANCIK, maçon, né à Skopje le 02 décembre 1975,
demeurant à L-4064 Esch/Alzette, 12, boulevard Hubert Clement

Lequel comparant déclare être le seul associé de la société à responsabilité limitée ERAR S.à r.l., avec siège social à L-3547 Dudelange, 4, rue Jacques Reifenberg, inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés à Luxembourg sous le numéro B 169.994

constituée aux termes d'un acte reçu par le notaire instrumentant, en date du 13 juin 2012, publié au Mémorial C numéro 1961 en date du 07 août 2012,

dont le capital social est de DOUZE MILLE CINQ CENTS EUROS (€ 12.500,-) représenté par CENT (100) PARTS SOCIALES d'une valeur nominale de CENT VINGT-CINQ EUROS (€ 125,-) chacune.

Le comparant prie le notaire instrumentant de documenter ce qui suit:

Le siège social est transféré de son adresse actuelle L-3547 Dudelange, 4, rue Jacques Reifenberg à L-2221 Luxembourg, 279A, rue de Neudorf.

Suite à cette décision l'article trois (3) des statuts a dorénavant la teneur suivante:

Art. 3. "Le siège social de la société est établi à Luxembourg-Ville."

DONT ACTE, fait et passé à Esch/Alzette, en l'étude, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donné au comparant, il a signé avec Nous notaire le présent acte.

Signé: Borancik Ernad, Kessler.

Enregistré à Esch/Alzette Actes Civils, le 19 septembre 2012. Relation: EAC/2012/12208. Reçu soixante-quinze euros 75,00€.

Le Receveur (signé): Santioni A.

POUR EXPEDITION CONFORME.

Référence de publication: 2012133782/32.

(120176300) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Finasa Société Financière, Société Anonyme.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 10A, rue Henri M. Schnadt.
R.C.S. Luxembourg B 46.440.

Les comptes annuels au 31 décembre 2009 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Document faisant l'objet d'un dépôt rectificatif:

Référence: L100106638

Date: 19/07/2010

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012133800/12.

(120176383) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Geria S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2530 Luxembourg, 10A, rue Henri M. Schnadt.

R.C.S. Luxembourg B 52.957.

—
Extrait de l'assemblée générale ordinaire tenue à Luxembourg en date du 29 juin 2012

L'assemblée renouvelle les mandats d'administrateurs de:

- Monsieur Stephan LEGOUEFF, administrateur, demeurant professionnellement 124, boulevard de la Pétrusse, L-2330 Luxembourg;

- Monsieur Patrick ROCHAS, administrateur, demeurant professionnellement 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 Luxembourg;

- Madame Sylviane COURTOIS, administrateur, demeurant professionnellement 10A, rue Henri M. Schnadt, L-2530 Luxembourg.

Les mandats des administrateurs ainsi nommés viendront à échéance à l'issue de l'assemblée générale à tenir en 2018.

L'assemblée ne renouvelle pas le mandat du commissaire aux comptes de la société MAZARS (FIDUO depuis le 1^{er} juillet 2011) enregistrée au Registre de Commerce et des Sociétés Luxembourg sous le numéro B 56.248 et nomme à la place la société AUDITEURS ASSOCIES, enregistrée au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B 93.937, avec siège social au 32, boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg.

Le mandat du commissaire aux comptes ainsi nommé viendra à échéance lors de l'Assemblée Générale qui se tiendra en 2018.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg.

Référence de publication: 2012133830/24.

(120176379) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Opalon S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 11A, boulevard Joseph II.

R.C.S. Luxembourg B 146.989.

—
L'an deux mille douze, le trente et un août.

Pardevant Maître Jean SECKLER, notaire de résidence à Junglinster, (Grand-Duché de Luxembourg), soussigné;

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme " OPALON S.A.", ayant son siège social à L-8010 Strassen, 182, route d'Arlon, inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg, section B, sous le numéro 149.989, constituée suivant acte reçu par Maître Alex WEBER, notaire de résidence à Bascharage en date du 25 juin 2009, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 1438 du 24 juillet 2009, ayant un capital de trente et un mille euros (31.000,- EUR), représenté par cent (100) actions d'une valeur nominale de trois cent dix euros (310,- EUR) chacune.

La séance est ouverte sous la présidence de Madame Françoise HÜBSCH, employée, demeurant professionnellement à Junglinster, 3, route de Luxembourg.

Madame le Président désigne comme secrétaire Madame Cristiana SCHMIT-VALENT, employée, demeurant professionnellement à Junglinster, 3, route de Luxembourg.

L'assemblée choisit comme scrutateur Monsieur Max MAYER, employé, demeurant professionnellement à Junglinster, 3, route de Luxembourg.

Les actionnaires présents ou représentés à la présente assemblée ainsi que le nombre d'actions possédées par chacun d'eux ont été portés sur une liste de présence, signée par les actionnaires présents et par les mandataires de ceux représentés, et à laquelle liste de présence, dressée par les membres du bureau, les membres de l'assemblée déclarent se référer.

Les procurations émanant des actionnaires représentés à la présente assemblée, signées "ne varietur" par les comparants et le notaire instrumentant, resteront annexées au présent acte avec lequel elles seront enregistrées.

Le Président expose et l'assemblée constate:

A) Que la présente assemblée générale extraordinaire a pour ordre du jour:

Ordre du jour:

1.- Transfert de l'adresse du siège social vers L-1840 Luxembourg, 11A, Boulevard Joseph II et modification afférente du premier alinéa de l'article 2 des statuts.

2.- Divers.

B) Que la présente assemblée réunissant l'intégralité du capital social est régulièrement constituée et peut délibérer valablement, telle qu'elle est constituée, sur les objets portés à l'ordre du jour.

C) Que l'intégralité du capital social étant représentée, il a pu être fait abstraction des convocations d'usage, les actionnaires présents ou représentés se reconnaissant dûment convoqués et déclarant par ailleurs avoir eu connaissance de l'ordre du jour qui leur a été communiqué au préalable.

Ensuite l'assemblée aborde l'ordre du jour et, après en avoir délibéré, elle a pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée décide de transférer l'adresse du siège social vers L-1840 Luxembourg, 11A, Boulevard Joseph II, et de modifier en conséquence le premier alinéa de l'article 2 des statuts afin de lui donner la teneur suivante:

" **Art. 2. (1^{er} alinéa).** Le siège social est établi à Luxembourg."

Deuxième résolution

L'assemblée déclare que l'adresse professionnelle de l'administrateur Guillaume BERNARD et l'adresse du siège social du commissaire aux comptes ADVISORY & CONSULTING sont actuellement L-1840 Luxembourg, 11A, Boulevard Joseph II.

Frais

Le montant des frais, dépenses et rémunérations quelconques incombant à la société en raison des présentes s'élève approximativement à huit cent cinquante euros.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

DONT ACTE, fait et passé à Junglinster, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire par noms, prénoms usuels, états et demeures, ils ont tous signé avec Nous notaire le présent acte.

Signé: Françoise HÜBSCH, Cristiana SCHMIT-VALENT, Max MAYER, Jean SECKLER.

Enregistré à Grevenmacher, le 10 septembre 2012. Relation GRE/2012/3313. Reçu soixante-quinze euros 75,00 €.

Le Receveur (signé): G. SCHLINK.

POUR EXPEDITION CONFORME, délivrée à la société.

Junglinster, le 12 octobre 2012.

Référence de publication: 2012133987/59.

(120176357) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Barclays Integrated Infrastructure Projects S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

R.C.S. Luxembourg B 163.687.

Extrait des décisions prises par l'associée unique en date du 25 septembre 2012

1. M. Michael John FORREST, administrateur de sociétés, né à Edimbourg (Royaume Uni), le 3 novembre 1979, demeurant professionnellement à E14 4PU Londres (Royaume Uni), 10, The South Colonnade, Canary Wharf, a été nommé comme gérant A pour une durée indéterminée.

2. M. Georges SCHEUER, administrateur de sociétés, né le 5 juin 1967 à Luxembourg (Grand-Duché de Luxembourg), demeurant professionnellement à L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte, a été nommé comme gérant B pour une durée indéterminée.

3. Le nombre des gérants a été augmenté de 3 (trois) à 5 (cinq).

Luxembourg, le 15 octobre 2012.

Pour extrait sincère et conforme

Pour Barclays Integrated Infrastructure Projects S.à r.l.

Intertrust (Luxembourg) S.A.

Référence de publication: 2012133658/19.

(120176470) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 octobre 2012.
